



Lagebericht und Jahresabschluss 31.12.2016

- Lagebericht inkl. Statistischer Bericht
- Bilanz
- Gewinn- und Verlustrechnung
- Anhang
- Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war auch im Jahr 2016 gekennzeichnet durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2016 um 1,9 % höher als im Vorjahr. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP in einer ähnlichen Größenordnung gewachsen: 2015 um 1,7 % und 2014 um 1,6 %. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 einen halben Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,4 % lag.

Kalenderbereinigt errechnet sich eine etwas niedrigere BIP-Wachstumsrate von 1,8 %, da im Jahr 2016 rechnerisch ein Arbeitstag mehr zur Verfügung stand als im Vorjahr.

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2016 war die inländische Verwendung: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 2,0 % höher als ein Jahr zuvor. Die staatlichen Konsumausgaben stiegen mit + 4,2 % sogar noch deutlich stärker. Dieser kräftige Anstieg ist unter anderem auf die hohe Zuwanderung von Schutzsuchenden und die daraus resultierenden Kosten zurückzuführen. Insgesamt legten die Konsumausgaben um 2,5 % zu und waren auch im Jahr 2016 die größte, jedoch nicht die einzige Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums. Auch die Investitionen trugen ihren Teil dazu bei: Die preisbereinigten Bauinvestitionen stiegen im Jahr 2016 kräftig um 3,1 %, was vor allem an höheren Investitionen für Wohnbauten lag. In Ausrüstungen - das sind vor allem Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge - wurde mit + 1,7 % ebenfalls mehr investiert als ein Jahr zuvor. Gebremst wurde das BIP-Wachstum im Jahr 2016 durch einen Vorratsabbau (- 0,4 Prozentpunkte). Der Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen, hatte per saldo ebenfalls einen leicht negativen Effekt auf das BIP-Wachstum (- 0,1 Prozentpunkte). Die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen waren um 2,5 % höher als im Vorjahr; die Importe legten im gleichen Zeitraum stärker zu (+ 3,4 %).

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts trugen alle Wirtschaftsbereiche zur wirtschaftlichen Belebung im Jahr 2016 bei. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %. Überdurchschnittlich entwickelte sich dabei das Baugewerbe, das im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um 2,8 % zulegen konnte. Auch im Produzierenden Gewerbe, das ohne das Baugewerbe gut ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, nahm die Wirtschaftsleistung zu, allerdings mit + 1,6 % sehr viel moderater. Deutliche Zunahmen gab es daneben in den meisten Dienstleistungsbereichen.

Die staatlichen Haushalte waren im Jahr 2016 weiter auf Konsolidierungskurs: Der Staatssektor - dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen - beendete das Jahr nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von 19,2 Mrd. Euro. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich für den Staat im Jahr 2016 eine Überschussquote von + 0,6 %. Damit kann der Staat nach den neuesten Berechnungen das dritte Jahr in Folge mit einem Überschuss abschließen.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2016 von knapp 43,5 Mio. Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das ist der höchste Stand

seit 1991. Nach ersten vorläufigen Berechnungen waren im Jahr 2016 rund 429.000 Personen oder 1,0 % mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor. Damit setzte sich der seit zehn Jahren anhaltende Aufwärtstrend fort. Die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde, war 2016 um 1,2 % höher als im Vorjahr. Je Erwerbstätigen gemessen ist die Arbeitsproduktivität um 0,9 % gestiegen.

Im Jahresdurchschnitt 2016 waren rund 43,4 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes lag die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2016 um 425.000 Personen oder 1,0 % höher als im Vorjahr. Damit setzte sich der seit über 10 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit fort. Die Zunahme im Jahr 2016 fiel sogar höher aus als im Jahr 2015 (+377.000 Personen, +0,9 %). Insgesamt wurde für die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2016 der höchste Stand seit der Wiedervereinigung erreicht.

In Deutschland waren im Jahresdurchschnitt 2016 2,691 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Im Vergleich zum Vorjahr waren das 104.000 Menschen weniger. Damit sank die Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte auf 6,1 %. Im Main-Kinzig-Kreis sank die durchschnittliche Arbeitslosenquote von 4,9 % im Jahr 2015 auf 4,7 % im Jahr 2016, wie die Arbeitsagentur mitteilte.

Laut Auswertung der aktuellen Konjunkturumfrage der IHK Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern vom Januar 2017 bewerten 42,9 % der befragten Unternehmen im Main-Kinzig-Kreis ihre gegenwärtige Lage als „gut“. Das sind 0,6 Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr.

Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Jahresdurchschnitt 2016 in Deutschland gegenüber 2015 um 0,5 %. Die Jahresteuersatzrate lag damit etwas höher als im Vorjahr (2015: +0,3 %). Nach niedrigen Inflationsraten - gemessen am Verbraucherpreisindex - in der ersten Jahreshälfte zog zum Jahresende 2016 die Teuerungsraten an und erreichte im Dezember 2016 mit +1,7 % den Jahreshöchststand. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, hatte es eine höhere Inflationsrate zuletzt im Juli 2013 mit +1,9 % gegeben.

Der für europäische Zwecke berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland ist im Jahresvergleich 2016 gegenüber 2015 um 0,4 % gestiegen. Im Dezember 2016 erhöhte sich der HVPI gegenüber Dezember 2015 deutlich um 1,7 %. Die Inflationsraten lagen damit aber das gesamte Jahr unter der für die Geldpolitik der Euro-Zone wichtigen Zwei-Prozent-Marke. Im Vergleich zum Vormonat November 2016 stieg der Index im Dezember 2016 deutlich um 1,0 %.

Berichterstattung über die Branchensituation

Dennoch nahm die Europäische Zentralbank die im Euroraum ähnlich wie in Deutschland niedrigen Inflationsraten zum Anlass für weitere geldpolitische Expansion. Zeitweise lag die Zwölfmonats-Inflationsrate im Euroraum unter der Nulllinie. Im Jahresdurchschnitt ergaben sich im gesamten Währungsgebiet für 2016 +0,3 %. Die Kernrate lag mit +0,9 % im Jahresdurchschnitt weiter unter dem selbst gesetzten Ziel der EZB von „unter, aber nahe bei zwei Prozent“.

Im März 2016 hat die EZB ihren Zins für die Einlagefazilität noch tiefer ins Negative abgesenkt, von zuvor -0,3 % auf seither bis heute gültige -0,4 %. Außerdem hat sie ihr „Quantitative Easing“ verlängert und beschleunigt. Unter dem „Asset Purchase Programme“ wurden bis März 2016 im Gesamtumfang von 60 Mrd. Euro monatlich u. a. Covered Bonds und

Asset Backed Securities, im Gros vor allem aber Staatsanleihen, gekauft. Ab April 2016 wurde das Volumen dieser Aufkäufe auf 80 Mrd. Euro monatlich erhöht. Seit Juni 2016 kaufte die EZB in diesem Rahmen auch Unternehmensanleihen. Schließlich wurde 2016 eine neue Serie von Langfristtendern aufgelegt, bei denen unter bestimmten Bedingungen (bei nachgewiesener Ausweitung der Kredite an Kunden) Kreditinstitute auch zu Negativzinsen Zentralbankgeld aufnehmen können.

Rechtliche Rahmenbedingungen der Sparkasse

Die Sparkasse Hanau ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger ist der Sparkassenzweckverband Hanau. Die Sparkasse Hanau ist Mitglied der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen, die durch ihr Verbundkonzept zu einem gemeinsamen Produktions- und Vertriebsverbund mit gemeinsamem Risikomanagement zusammengeschlossen ist. Grundlage der Geschäftstätigkeit der Sparkasse Hanau ist das Hessische Sparkassengesetz.

Gemäß ihrem öffentlichen Auftrag und dem Regionalprinzip folgend bietet die Sparkasse Hanau in ihrem Geschäftsgebiet alle Finanzdienstleistungen an.

Für Verbindlichkeiten, die vor dem 19. Juli 2001 eingegangen wurden, gilt die bisherige Gewährträgerhaftung unbeschränkt. Zwischen dem 19. Juli 2001 und dem 18. Juli 2005 eingegangene Verbindlichkeiten fielen unter die Gewährträgerhaftung, sofern die Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausging. Für die übrigen Verbindlichkeiten besteht keine Haftung des Trägers.

Die Sparkasse Hanau ist dem bundesweiten Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Das Sicherungssystem ist im Hinblick auf das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz neu geordnet und von der BaFin anerkannt worden. Ergänzend zur bisherigen Institutssicherungsfunktion wurde gemäß den gesetzlichen Anforderungen die Einlagensicherungsfunktion ergänzt. Kernelement ist das Ansparen eines Zielvolumens von 0,8 % der gedeckten Einlagen über einen Zeitraum von zehn Jahren. Hierdurch wird sichergestellt, dass Einlagen pro Einleger im Regelfall bis zu 100 TEUR, in Sonderfällen auch bis zu 500 TEUR, gesichert sind und Entschädigungszahlungen bis zum 31. Mai 2016 spätestens 20 Arbeitstage und ab dem 1. Juni 2016 spätestens sieben Arbeitstage nach der Feststellung des Entschädigungsfalles durch die BaFin geleistet werden. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation umfasst u. a. ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung.

Die Sparkasse Hanau ist darüber hinaus dem beim Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen gebildeten Reservefonds angeschlossen. Der Reservefonds sichert die Verbindlichkeiten der Sparkasse gegenüber Kunden einschließlich Kreditinstituten, Versicherungsunternehmen und sonstigen institutionellen Anlegern sowie die verbrieften Verbindlichkeiten. Ausgenommen hiervon sind Verbindlichkeiten, die bei den Instituten als Eigenmittelbestandteile i. S. v. § 10 KWG dienen oder gedient haben.

Die Veröffentlichung des Offenlegungsberichts gemäß der Capital Requirements Regulation (CRR) erfolgt auf der eigenen Internetseite www.sparkasse-hanau.de.

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Bilanzielle Entwicklung

Aktiva in Mio. EUR	2015	2016	Veränderung	
			absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	537	611	74	13,8%
Forderungen an Kunden	2.779	2.814	35	1,3%
Wertpapiere	1.095	983	-112	-10,2%
Beteiligungen / Anteile an verbundenen Unternehmen	25	25	-0	-0,0%
Übrige Aktiva	71	73	2	2,8%
Bilanzsumme	4.507	4.506	-1	-0,0%

Passiva in Mio. EUR	2015	2016	Veränderung	
			absolut	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.572	1.386	-186	-11,8%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.495	2.664	169	6,8%
Verbriefte Verbindlichkeiten	45	43	-2	-4,4%
Rückstellungen	23	24	1	4,3%
Nachrangige Verbindlichkeiten	6	5	-1	-16,7%
Eigenkapital (inkl. Fonds für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB)	360	379	19	5,3%
Übrige Passiva	6	5	-1	-16,7%
Bilanzsumme	4.507	4.506	-1	-0,0%

Die bilanzielle Entwicklung zeigt eine Seitwärtsbewegung der Bilanzsumme (4.506 Mio. EUR nach 4.507 Mio. EUR im Vorjahr). Erwartet hatte die Sparkasse einen marginalen Anstieg. Das Geschäftsvolumen, das neben der Bilanzsumme auch die Eventualverbindlichkeiten umfasst, blieb mit 4.715 Mio. EUR (Vorjahr: 4.736 Mio. EUR) ebenfalls nahezu konstant.

Traditionell wird die Aktivseite der Sparkasse Hanau durch die Position Forderungen an Kunden geprägt. Diese Position stieg erneut moderat an und beläuft sich nun auf 2.814 Mio. EUR (+1,3 %). Diese Entwicklung entsprach der Erwartung der Sparkasse. Die unwiderruflichen Kreditzusagen gingen nach dem starken Anstieg des Vorjahres um 35 Mio. EUR auf 199 Mio. EUR zurück.

Die Bruttovolumina der Forderungen an Privatkunden stiegen leicht um 2 % auf 1.210 Mio. EUR. Die Forderungen an Geschäftskunden stiegen ebenfalls leicht um 2 % auf 1.311 Mio. EUR. Die Forderungen an Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts gaben das Wachstum des Vorjahres nahezu wieder ab und sanken deutlich um 6 % auf ein Volumen von 417 Mio. EUR. Hier zeigen sich Effekte des kommunalen Schutzschirms in Hessen.

Im Einlagengeschäft stiegen die bilanziellen Einlagen der Kunden bei der Sparkasse deutlich um 169 Mio. EUR auf 2.664 Mio. EUR. Dies übertraf die Erwartung der Sparkasse, die von gleichbleibenden Einlagen ausgegangen war. Besonders gefragt waren Spar- und Sichteinlagen, die im anhaltenden Niedrigzinsumfeld mit ihren kürzerfristigen Verfügbarkeiten trotz fehlender bzw. marginaler Verzinsung aus Sicht der Kunden offensichtlich attraktiv waren.

Das Volumen des bilanziellen Eigengeschäfts wurde um rund 38 Mio. EUR reduziert. Dabei wurde der Eigenbestand an Wertpapieren von 1.095 Mio. EUR auf 983 Mio. EUR reduziert und teilweise in bilanzielle Forderungen an Kreditinstitute umgeschichtet, die nun bei 611 Mio. EUR liegen (Vorjahr 537 Mio. EUR). Im gleichen Zuge wurden auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 186 Mio. EUR auf 1.386 Mio. EUR sowie die Verbrieften Verbindlichkeiten um 2 Mio. EUR auf 43 Mio. EUR reduziert. Darin spiegelt sich auch ein weniger attraktives Chance-Risiko-Verhältnis nach Fälligkeiten von Eigenanlagen wider. Die Sparkasse hatte mit einem nahezu gleichbleibenden Volumen im Eigengeschäft gerechnet. Nachrangige Verbindlichkeiten spielen weiterhin nahezu keine Rolle mehr.

Insgesamt ist das Wertpapierportfolio hinsichtlich der Laufzeiten bis maximal 12 Jahre Restlaufzeit gestreut. Gut 65 % der zinstragenden Positionen weisen Restlaufzeiten von maximal fünf Jahren auf. Der Schwerpunkt bzgl. der Emittenten liegt bei Kreditinstituten und Öffentlichen Emittenten; rund 13 % des Bestandes sind Unternehmensanleihen. Ferner ist die Sparkasse in Wertpapier-Spezialfonds mit dem Anlageschwerpunkt in Unternehmensanleihen des Industriebereichs und in Immobilienfonds investiert. Eine weitere Diversifikation im Rahmen der strategischen Asset Allokation erfolgt in beschränktem Umfang über einen Spezialfonds durch Beimischung von Anlagekonzepten, die primär ein Absolut Return Profil anstreben.

Außerbilanzielles Kundengeschäft

Die Sparkasse Hanau bietet ihren Kunden umfassende Produkte und Dienstleistungen an, die nicht unmittelbar in der Sparkassenbilanz abgebildet werden. Die Depotwerte stiegen um rund 5 % an. Bevorzugt wurden dabei auch in diesem Jahr Anlagen bei der DekaBank bzw. in Investmentanteilen.

Das Bauspargeschäft verlief insgesamt rückläufig. Dabei macht sich bemerkbar, dass in Vorjahren großvolumige Verträge auch im Firmenkundenbereich zur Zinsabsicherung genutzt wurden. Dies wurde im vergangenen Jahr nicht mehr in dem Maße nachgefragt. Die Nachfrage im Bereich Privatkunden ist auf Vorjahresniveau. Neben dem Wohn-Riester-Geschäft spielte die Sicherung des aktuell niedrigen Zinsniveaus aus Kundensicht eine wesentliche Rolle. Im Versicherungsgeschäft konnte im Bereich Lebens- und Rentenversicherungen ein deutlicher Zuwachs erzielt werden. Im Vordergrund standen wiederum die klassischen Altersvorsorgeprodukte, insbesondere die betriebliche Altersvorsorge. Neben Produkten der SV Sparkassenversicherung kamen im Rahmen von Ventillösungen auch Produkte anderer Anbieter zum Zuge.

nichtbilanzwirksames Kundengeschäft in Mio. EUR	2015	2016	Veränderung	
			absolut	in %
Wertpapiergeschäft inkl. Dekabank und Helaba-Trust (Depotwerte ohne eigene IHS)	693,0	725,4	32,4	4,7%
Bausparneugeschäft (LBS-Bausparvolumen Neugeschäft)	82,3	68,9	-13,4	-16,3%

Versicherungsgeschäft (Lebens-/Rentenversicherungen)	23,4	29,2	5,8	24,8%
--	------	------	-----	-------

In der S-FinanzCenter Hanau GmbH, einem 100 %igen Tochterunternehmen der Sparkasse Hanau, sind die Bereiche Immobilienvermittlung, Bauspargeschäft, Vorsorge und Versicherungen angesiedelt. Darüber hinaus hat die Sparkasse an die S-Dienstleistung Hanau - Main-Kinzig GmbH, ein weiteres 100 %iges Tochterunternehmen, wesentliche Teile der Marktfolge-Sachbearbeitung Giro/Spar sowie die Archivierung und Immobilienbewertung ausgelagert.

Ertragslage

Die Analyse zur Ertragslage folgt dem in der Sparkassenorganisation geltenden Schema für überbetriebliche Vergleiche der Sparkassen (Betriebsvergleich der Sparkassen). Diesem Betriebsvergleich liegt eine betriebswirtschaftliche Betrachtung der Erfolge aus dem Sparkassengeschäft zugrunde, die Grundlage der Planung und Berichterstattung sowie der internen Steuerung ist. In dieser betriebswirtschaftlichen Sichtweise werden Erfolge des laufenden Jahres dann dem Ergebnis aus der laufenden Geschäftstätigkeit zugeordnet, wenn diese keinen außerordentlichen oder einmaligen Charakter haben. Liegen außerordentliche oder einmalige Erfolgswirkungen vor, werden diese im Betriebsvergleich dem sogenannten Neutralen Ergebnis zugeordnet. Die handelsrechtlich vorgeschriebene Gliederung der Aufwands- und Ertragspositionen weicht daher teilweise von dieser Betrachtung ab. In der nachstehenden Tabelle ist eine Überleitung der handelsrechtlich vorgeschriebenen Werte auf die betriebswirtschaftliche Darstellung des Betriebsvergleiches vorgenommen.

Überleitungsrechnung

Gewinn und Verlustrechnung nach HGB (Werte in Mio. EUR)		Überleitung	Betriebswirtschaftliche Betrachtung nach dem Betriebsvergleich der Sparkassen	
Zinsüberschuss und laufender Ertrag	82,8	+8,3	91,2	Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss	17,9	+0,7	18,6	Provisionsüberschuss
Saldo aus sonstigen betrieblichen Aufwendungen und sonstigen betrieblichen Erträgen	-0,4	+3,1	2,7	Saldo aus sonstigem ordentlichen Aufwand und sonstigen ordentlichen Erträgen
Verwaltungsaufwand inkl. AfA	-65,2	+0,4	-64,8	Verwaltungsaufwand
Bruttoertrag	35,1	+12,6	47,7	
Handelsergebnis	0,1	0,0	0,1	Handelsergebnis
Betriebsergebnis vor Bewertung	35,3	+12,6	47,8	
Bewertungsergebnis	-14,7	-0,2	-14,9	Bewertungsergebnis
Außerordentliche Aufwendungen	0,0	-12,4	-12,4	Neutrales Ergebnis
Ertrags- und sonstiger Steuer-aufwand	-11,6	+0,1	-11,5	Steuern vom Einkommen und Ertrag
Jahresüberschuss	9,0		9,0	

Die wesentlichen Gründe für die Abweichung sind nachfolgend dargestellt.

Im Bereich des Zinsüberschusses nach Handelsrecht sind Erfolge aus vorzeitigen Darlehensrückzahlungen und der Auflösung von Zinsswaps enthalten, die in der betriebswirtschaftlichen Sichtweise als neutrales Ergebnis erfasst sind. Die Zinseffekte aus den Pen-

sionsrückstellungen werden ebenfalls aus dem handelsrechtlichen Zinsergebnis in das neutrale Ergebnis überführt.

Die Unterschiedsbeträge im Provisionsüberschuss sind auf Provisionserträge mit Zinscharakter zurückzuführen, die handelsrechtlich als Zinsertrag ausgewiesen werden, jedoch in der betriebswirtschaftlichen Betrachtung in die Provisionserträge einfließen. Ferner sind hier die Erfolge aus dem Devisengeschäft für Kunden ausgewiesen, die nach Handelsrecht in den sonstigen betrieblichen Erfolgen verbucht sind.

Der handelsrechtliche Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen beinhaltet Aufwendungen für Rückstellungen aus Prozessrisiken, die in der betriebswirtschaftlichen Sicht im neutralen Ergebnisbereich eingestellt sind. Neben Aufwendungen für Stiftungen und Spenden nimmt diese Sammelposition außerdem verschiedene Verschiebungen aus den anderen Erfolgsgrößen auf, die sich in 2016 allerdings bis auf unwesentliche Spitzen ausgleichen.

Die im Bereich des Verwaltungsaufwandes überzuleitenden Beträge nehmen Aufwendungen der Sparkasse für außerordentliche einmalige Personalaufwendungen und für Nachzahlungen von Verwaltungskosten aus Vorjahren auf. In der Darstellung nach dem Betriebsvergleich werden diese als Teil des neutralen Ergebnisses dargestellt. Sofern außerordentliche Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen erforderlich sind, werden diese als Teil der handelsrechtlichen Verwaltungsaufwendungen in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Nach betriebswirtschaftlicher Sicht sind diese Aufwendungen Teil des Bewertungsergebnisses.

Betriebswirtschaftliches Ergebnis in Mio. EUR	2016	2015	Veränderungen	
			absolut	in %
Zinsüberschuss	91,2	93,1	-1,9	-2,0
Provisionsergebnis	18,6	18,6	0,0	0,0
Saldo aus sonstigen ordentlichen Erträge und sonstigen ordentlichen Aufwendungen	2,7	2,5	+0,2	+8,0
Verwaltungsaufwand	-64,8	-63,5	1,3	2,0
Handelsergebnis	0,1	0,2	-0,1	-50,0
Betriebsergebnis vor Bewertung	47,8	50,9	-3,1	-6,1
Bewertungsergebnis	-14,9	-18,4	3,5	19,0
Betriebsergebnis nach Bewertung	32,9	32,5	+0,4	+1,2
Neutrales Ergebnis	-12,4	-10,4	-2,0	-19,2
Ergebnis vor Steuern	20,5	22,1	-1,6	-7,2
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-11,5	-13,1	-1,6	-12,2
Ergebnis nach Steuern	9,0	9,0	0,0	0,0

Der Zinsüberschuss sank um 1,9 Mio. EUR auf 91,2 Mio. EUR. Hier zeigen sich jetzt die Folgen der anhaltenden Niedrigzinsphase. Das Provisionsergebnis blieb auf dem Niveau des Vorjahres. Der Verwaltungsaufwand stieg um 2,0 % auf 64,8 Mio. EUR. Ursächlich hierfür waren tarifliche Steigerungen im Personalaufwand, allgemeine Preissteigerungen sowie höhere planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen. Das Handelsergebnis hat weiterhin eine untergeordnete Bedeutung und blieb mit 0,1 Mio. EUR annähernd auf Vorjahresniveau. In der Folge sank das Betriebsergebnis vor Bewertung um 3,1 Mio. EUR auf 47,8 Mio. EUR.

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten beziehungsweise niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert (strenges Niederstwertprinzip).

Per saldo wurden Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie Auflösungen von Rückstellungen im Kreditgeschäft (2015: Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft) vorgenommen. Das erfreuliche konjunkturelle Umfeld machte sich auch im Bewertungsergebnis Kredit positiv bemerkbar. Das Bewertungsergebnis im Eigengeschäft war erneut positiv. Hier spiegelte sich auch das weiter niedrige bzw. in Teilen negative Zinsumfeld wider. Zur weiteren Stärkung des Kernkapitals wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB um 16,0 Mio. EUR auf 136,1 Mio. EUR erhöht.

Insgesamt betrug das Bewertungsergebnis -14,9 Mio. EUR nach -18,4 Mio. EUR im Vorjahr. Das Betriebsergebnis nach Bewertung stieg in der Folge um 0,4 Mio. EUR auf 32,9 Mio. EUR. Das neutrale Ergebnis sank von -10,4 Mio. EUR auf -12,4 Mio. EUR. Hier wirkt sich insbesondere eine Rückstellung im Darlehensgeschäft aus.

Das Ergebnis vor Steuern ging insgesamt um 1,6 Mio. EUR auf 20,5 Mio. EUR zurück. Der Steueraufwand ging ebenfalls um 1,6 Mio. EUR auf 11,5 Mio. EUR zurück.

Die Sparkasse Hanau hat im Geschäftsjahr 2016 erneut einen Jahresüberschuss von 9,0 Mio. EUR ausgewiesen.

Die Cost-Income-Ratio (Verwaltungsaufwand und Abschreibungen bezogen auf die Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss, Nettoergebnis des Handelsbestands sowie Saldo der sonstigen Erträge und Aufwendungen) stieg im vergangenen Jahr deutlich von 55,5 % auf 57,5 % an. Die Eigenkapitalrentabilität (Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit bezogen auf das durchschnittliche Eigenkapital inkl. Fonds für allgemeine Bankrisiken) sank von 6,3 % auf 5,7 %.

Die Ertragslage der Sparkasse ist gut. Das Ergebnis fällt weiterhin im langjährigen Vergleich gut aus. Der leicht rückläufige Zinsüberschuss entsprach der Erwartung der Sparkasse. Im Provisionsergebnis hatte die Sparkasse jedoch eine moderate Steigerung erwartet. Der Anstieg des Verwaltungsaufwands fiel etwas moderater aus als erwartet. Die Risikoaufwendungen gingen entgegen der Erwartung nochmals deutlich zurück. Insgesamt liegt das Ergebnis vor Steuern zwar erwartungsgemäß unter dem Vorjahresergebnis, die Sparkasse hatte allerdings mit einem deutlicheren Rückgang gerechnet.

Finanzlage

Die Sparkasse Hanau refinanziert sich über die Einlagen ihrer Kunden sowie an den Geld- und Kapitalmärkten. Sie geht dabei sowohl langfristige als auch kurzfristige Zinsbindungen ein. Die Refinanzierung erfolgt in inländischer Währung. Die Möglichkeit der Refinanzierung über öffentliche Namenspfandbriefe und Hypothekenspfandbriefe wurde weiter genutzt. Das Finanzmanagement der Sparkasse dient neben dem Ausgleich der Zahlungsströme im Kundengeschäft auch der Erzielung von Transformationsbeiträgen. Das Risikomanagement in diesem Bereich ist an späterer Stelle beschrieben.

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2016 jederzeit gewährleistet. Die Anforderungen der vom Bundesministerium der Finanzen aufgestellten Liquiditätsverordnung sowie der Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemäß delegierter Verordnung wurden stets eingehalten. Zum Jahresende 2016 hat die Liquiditätskennziffer 1,70 betragen (Vorjahr: 2,08; Mindestwert 1,0). Die LCR betrug 134,75 % (Mindestquote: 70 %). Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften unterhält die Sparkasse Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Die längerfristigen Refinanzierungsmöglichkeiten des Eurosystems (GLRG-II) wurden im Berichtsjahr genutzt. Die Liquiditätskreditlinie bei der Landesbank Hessen-Thüringen stand weiterhin zur Verfügung.

Vermögenslage

Bankaufsichtliche Kennzahlen in Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2016
Bilanzielles Eigenkapital	240,1	243,1
Eigenmittel	398,9	412,7
darunter Kernkapital	333,7	353,5
Risikopositionen gemäß CRR	2.081,5	2.076,1
Eigenmittelquote (Gesamtkennziffer in %)	19,2	19,9
Kernkapitalquote (in %)	16,0	17,0

Die oben dargestellten Eigenmittel wurden nach aufsichtlichen Meldevorschriften ermittelt, sodass es zu Differenzen im Vergleich zur Darstellung im HGB-Jahresabschluss kommen kann. Die ergänzenden Eigenkapitalbestandteile bestanden sowohl aus nachrangigen Verbindlichkeiten als auch aus Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB. Die Sparkasse quantifiziert ihre Adressenrisiken mit dem Kreditrisikostandardansatz und die operationellen Risiken mit dem Basisindikatoransatz.

Die gesetzlichen Eigenkapitalbestimmungen werden weiterhin deutlich erfüllt.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Im Jahresdurchschnitt 2016 arbeiteten für die Sparkasse 659 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 661) in Voll- und Teilzeit. Darunter waren 36 Auszubildende (Vorjahr: 40). Die Möglichkeit zur Teilzeitarbeit wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gut in Anspruch genommen. Dies berücksichtigt die Kennzahl Mitarbeiterkapazität. Die Mitarbeiterkapazität (Äquivalent zu Vollzeitbeschäftigten) betrug zum Jahresende (ohne Auszubildende) 531 nach 533 im Vorjahr. Die Tochtergesellschaften beschäftigten zum Jahresende 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 25). Die Möglichkeit der Elternzeit haben auch 13 Väter (Vorjahr: 11) in Anspruch genommen.

Die Fluktuationsrate der bankspezifisch Beschäftigten (ohne Ausscheiden aus dem Berufsleben) liegt deutlich unter dem Vorjahresniveau und betrug 2,0 % (Vorjahr: 3,3 %).

Die Altersstruktur der bankspezifisch Beschäftigten stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2015	31.12.2016
unter 20 Jahre	11	7
20 bis unter 30 Jahre	102	108
30 bis unter 40 Jahre	127	119
40 bis unter 50 Jahre	189	185
50 bis unter 60 Jahre	147	147
über 60 Jahre	36	48
Insgesamt	612	614

Der Erfolg der Sparkasse Hanau beruht ganz wesentlich auf dem Einsatz und dem Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei kommt der ständigen Fort- und Weiterbildung eine zentrale Bedeutung zu, wobei hier sowohl eine Zusammenarbeit mit der Spar-

kassenakademie Hessen-Thüringen erfolgt als auch interne und externe Referenten für Schulungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Die Sparkasse wendet den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) an und nutzt dabei die Möglichkeit, Teile der Vergütung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter variabel zu gestalten. Die Sparkasse hat die Anforderungen als nicht bedeutendes Institut im Sinne der Institutsvergütungsverordnung umgesetzt.

Gesellschaftliches Engagement ist ein Kernelement des Selbstverständnisses der Sparkasse Hanau. Die Sparkasse stellt sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und engagiert sich umfangreich. Insgesamt hat die Sparkasse rund 610 Vereine und Einrichtungen in der Region unterstützt. Neben Erträgen aus den Stiftungen kamen rund 532.000 EUR insbesondere kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie Sportvereinen zugute. Zudem hat die Sparkasse erneut den Vermögensstock ihrer Stiftungen gestärkt und rund 321.000 EUR in eine ihrer Stiftungen eingebracht.

Zusammenfassende Beurteilung der Geschäftsentwicklung

Zusammenfassend beurteilt der Vorstand die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Sparkasse Hanau als geordnet und zufriedenstellend. Die Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung ist gegeben.

Risikobericht

Risikomanagement und Risikocontrolling

Ein ertragsorientiertes Bankmanagement zielt bewusst darauf ab, Risiken zu übernehmen und diese aktiv zu steuern. Zu den wesentlichen Risiken zählen Adressen-, Markt- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken. Die geschäftspolitischen Entscheidungen der Sparkasse Hanau und die damit verbundene Übernahme von Risiken sind mit dem Ziel einer angemessenen Rentabilität verbunden.

Die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Bemessung, Kontrolle und Steuerung der wesentlichen Risiken eines Kreditinstituts sind in den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) zusammengefasst.

Ziel des Risikomanagements ist die angemessene und regelmäßige Quantifizierung, Kontrolle und Steuerung aller Risiken, denen die Sparkasse ausgesetzt ist.

Bei der Quantifizierung der Risiken werden neben Real-Case-Szenarien und Worst-Case-Szenarien auch außergewöhnliche Umweltzustände (Stressszenarien) berücksichtigt. Die Durchführung „Inverser Stresstests“ ergänzt das bestehende Stresstest-Programm und baut konsequent auf der Betrachtung außergewöhnlicher Ereignisse auf, indem mehrere von einander unabhängige außergewöhnliche Ereignisse kombiniert werden.

Die Sparkasse Hanau handelt auf Grundlage eines individuellen Risikotragfähigkeitskonzepts. Die Betrachtung von zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzialen und die daraus abgeleitete Limitierung der verschiedenen Risikoarten tragen diesem Sachverhalt Rechnung. In die GuV-orientierte Ermittlung des Risikodeckungspotenzials gehen neben dem erwarteten Ergebnis des laufenden Jahres im Wesentlichen die Vorsorgereserven nach

§ 340f HGB, der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB und das bilanzielle Eigenkapital ein, soweit diese nicht im Rahmen der Eigenmittelunterlegung nach Capital Requirements Regulation (CRR) gebunden sind. Insgesamt steht ein Risikodeckungspotenzial per 31.12.2016 in Höhe von 309,6 Mio. EUR zur Verfügung. Im Rahmen des bestehenden Risikotragfähigkeitskonzepts erfolgt auch regelmäßig eine Betrachtung von unterschiedlichen außergewöhnlichen Ereignissen. Dabei wird sichergestellt, dass auch in diesen Szenarien die Risikotragfähigkeit der Sparkasse gewährleistet ist. Eine rentabilitätsorientierte Risikopolitik verbunden mit dem Risikotragfähigkeitskalkül bilden somit die elementaren Säulen für das Risikomanagement der Sparkasse.

Das Risikocontrolling ist organisatorisch von den Bereichen Markt und Handel getrennt. Die Interne Revision prüft und überwacht den Risikomanagementprozess.

Die Sparkasse Hanau setzt zur Risikosteuerung und -absicherung derivative Finanzinstrumente ein. Art und Umfang der derivativen Geschäfte werden nachfolgend bei den jeweiligen Risikokategorien erläutert.

Adressausfallrisiken

Unter dem Adressenrisiko wird der teilweise oder vollständige Ausfall einer Zahlung oder die Verschlechterung der Bonität eines Vertragspartners bezeichnet, die mit einem Wertverlust des Finanzgeschäfts verbunden ist.

Auf Einzelengagementebene erfolgt eine risikobewusste Kreditwürdigkeitsprüfung. Dabei werden zentral für die S-Finanzgruppe entwickelte Ratingverfahren eingesetzt.

Um einen zeitnahen Einblick in den zum Jahresende zu erwartenden Risikovorsorgeaufwand zu erhalten, führt die Sparkasse monatlich einen Prozess zur Forderungsbewertung durch.

Die Adressrisikoberichterstattung erfolgt auf dieser Basis nach den Vorgaben der MaRisk quartalsweise an den Vorstand sowie Bereichsleiter.

Zusätzlich verwendet die Sparkasse Hanau zur Quantifizierung der Adressenrisiken auf Portfolioebene (Eigen- und Kundengeschäft) das DSGV-Programm Credit Portfolio View (CPV), das auf einer Monte-Carlo-Simulation beruht. Die erforderlichen Parameterdaten werden fortlaufend erhoben und finden innerhalb der monatlichen Berechnung des Ausfallrisikos mit Hilfe des Value-at-Risk-Konzepts ihren Niederschlag. Darüber hinaus werden im Eigengeschäft Spreadrisiken aus Direktanlagen in festverzinsliche Wertpapiere und in Kreditderivate (Credit-Default-Swaps) sowie in Fonds unter Verwendung von Volatilitätsparametern quantifiziert. Hierbei erfolgt eine Risikoquantifizierung im Normal Case auf einem Konfidenzniveau von 95 % bzw. im Worst Case von mindestens 99,9 %. Die Haltedauer beträgt für die Risikoquantifizierung mittels CPV ein Jahr, bei den Spreadrisiken zehn Tage. CPV greift auf eine mehrjährige aus Daten der S-Finanzgruppe bestehende Historie zurück. Stützzeitraum bei den Spreadrisiken sind mindestens 250 Handelstage. Zum Bilanzstichtag ergab sich gem. CPV mit einem Konfidenzniveau von 95 % ein VaR von 8,5 Mio. EUR sowie erwartete Verluste in Höhe von 6,7 Mio. EUR. Die Spreadrisiken beliefen sich auf 4,4 Mio. EUR.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung werden diese Risiken limitiert. Die Berichterstattung erfolgt auf täglicher (Spreadrisiken) bzw. monatlicher (CPV) Basis an den Ge-

samtvorstand und an Bereichsleiter. Zur Steuerung von Adressenrisiken werden auch Kreditderivate (Credit-Default-Swaps), Metakreditgeschäft und Kreditpool-Transaktionen eingesetzt. Hierbei tritt die Sparkasse sowohl als Risikokäufer als auch als Risikoverkäufer auf.

Die Risiken aus Beteiligungen sind für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung und werden im Rahmen der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials als Abzugsposten berücksichtigt.

Die Forderungen an Kunden teilen sich auf in 149 Mio. EUR Kontokorrentkredite (entspricht 5 % der Gesamtposition), 2.472 Mio. EUR Darlehen (84 %), Weiterleitungsdarlehen 153 Mio. EUR (5 %) sowie Schuldscheine und Namensschuldverschreibungen 164 Mio. EUR (6 %).

Am 31. Dezember 2016 ergab sich für das Kundenkreditportfolio (einschließlich Kreditzusagen und CDS) folgende Risikostruktur:

Rating	mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit innerhalb eines Jahres	Volumen in Mio. EUR	Anteil	Blanko in Mio. EUR
1-8	0,01 % - 1,30 %	3.423	86,7%	733
9-15	2,00 % - 20,00 %	466	11,8%	132
16-18	Ausfall	38	1,0%	15
ungeratet	k.A.	22	0,6%	4
insgesamt		3.949	100,0%	884

Eine Größenklassengliederung der Kredite an Nichtbanken ergab zum 31. Dezember 2016 folgendes Bild:

Größenklasse	Anzahl	Mio. EUR	Anteil
0 TEUR bis unter 250 TEUR	51.957	1.223,2	25,8%
250 TEUR bis unter 500 TEUR	1.489	494,1	10,4%
500 TEUR bis unter 2.500 TEUR	533	478,3	10,1%
2.500 TEUR bis unter 5.000 TEUR	105	319,0	6,7%
5.000 TEUR bis unter 10.00 TEUR	61	334,2	7,1%
10.000 TEUR und darüber	51	1.888,8	39,9%
Gesamtsumme	54.196	4.737,6	100,0%

Zum Bilanzstichtag ergab sich im Eigengeschäft (ohne Unternehmensschuldscheine) mit einem Volumen von 1.328 Mio. EUR folgende Risikostruktur: Auf den Bereich der Ratingklasse 1 (AAA bis A-; mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit bis 0,09 % p. a.) entfallen 83,9 % der Anlagen, 9,8 % entfallen auf die Ratingklassen 2 bis 5 (bis BBB-; mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit zwischen 0,12 % und 0,40 % p. a.). 0,9 % der Anlagen weisen ein Rating zwischen Klasse 6 und 9 auf (bis BB-; mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit bis 2,00 % p. a.). 5,4 % des Eigengeschäftsvolumens wurden zum Stichtag als ungeratet geführt.

Für Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva ergibt sich folgende Gliederung nach den Hauptbranchen:

Hauptbranchen	Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva
Banken	610,8
Investmentfonds (inkl. Geldmarktfonds)	0,0
Öffentliche Haushalte	728,3
Privatpersonen	1.488,3
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	1.727,9
davon:	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	7,2
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	50,1
Verarbeitendes Gewerbe	114,1
Baugewerbe	213,0
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	130,8
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	51,4
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	165,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	466,8
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	529,1
Organisationen ohne Erwerbszweck	47,5
Nicht zugeordnet	55,2
Gesamt	4.658,0

Im Bereich Adressenrisiken wurden Kreditderivate zur Absicherung in Höhe von nominal 38,8 Mio. EUR zum 31.12.2016 abgeschlossen.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko wird als die Gefahr negativer Abweichungen einer Position bzw. mehrerer Positionen von einem Referenzwert, welcher sich durch Änderungen der Marktrisikofaktoren ergibt, beschrieben. Orientiert an der Definition der MaRisk teilt die Sparkasse Marktpreisrisikoarten folgendermaßen ein:

- Zinsänderungsrisiko
- Aktienkursrisiko
- Risiko aus Fondsanlagen
- Devisenrisiko

Zur Steuerung des Abschreibungsrisikos im Wertpapiergeschäft erfolgt eine tägliche Bewertung der betreffenden Positionen. Die Sparkasse quantifiziert das Abschreibungsrisiko im Wertpapiergeschäft im Rahmen des täglichen Reports der Marktpreisrisiken. Zum Bilanzstichtag hat die Sparkasse Hanau ein handelsrechtliches Limit von 7,5 Mio. EUR festgelegt. Das Limit wurde im Jahresverlauf eingehalten.

Die Sparkasse verfolgt zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene einen wertorientierten Steuerungsansatz unter Beachtung des periodischen Ergebnisses.

Hierfür finden die entsprechenden DSGVO-Studien Berücksichtigung. Die Analyse des Zinsänderungsrisikos für die Bestände des Eigen- und des Kundengeschäfts wird mit Hilfe eines Value-at-Risk-Konzepts, das auf der sogenannten Modernen historischen Simulation basiert, auf täglicher bzw. monatlicher Basis durchgeführt. Für die Bestände mit unbestimmter Fristigkeit werden geeignete Annahmen (Modell der gleitenden Durchschnitte) getroffen. Das Kundengeschäft wird nach einer Benchmark, das Eigengeschäft der Sparkasse wird aktiv gesteuert. Hierbei wird im Normal Case ein Konfidenzniveau von 95 % (im Worst Case mindestens 99,9 %) simuliert. Die Haltedauer beträgt dabei 10 Tage im Eigengeschäft und ein Jahr im Kundengeschäft. Als Stützzeitraum wird die Historie seit Anfang 1988 betrachtet. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos setzt die Sparkasse Hanau neben bilanziellen Instrumenten auch Derivate, insbesondere Payer- und Receiver-Swaps, ein. Diese werden sowohl als Micro-Hedges als auch im Rahmen der benchmark-orientierten Zinsbuchsteuerung genutzt. Im Rahmen von Micro-Hedges wurden zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos Zinsswaps in einer nominalen Höhe von 1.367 Mio. EUR abgeschlossen. Zur Zinsbuchsteuerung belief sich die nominale Höhe der Derivate auf 1.691 Mio. EUR.

Auch bei den weiteren Marktpreisrisiken erfolgt eine VaR-Quantifizierung. Im Normal Case wird ein Konfidenzniveau von 95 % simuliert (Worst Case mindestens 99,9 %). Stützzeitraum sind mindestens 250 Handelstage. Die Quantifizierung erfolgt mittels Historischer Simulation bzw. der Verwendung von Volatilitätsparametern. Die weiteren Marktpreisrisiken werden aktiv gesteuert.

Für alle Marktpreisrisiken besteht im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung ein VaR-Limit. Die Risiken werden in der Regel täglich quantifiziert. Die Berichterstattung erfolgt ebenfalls auf täglicher Basis an den Gesamtvorstand und an Bereichsleiter Vorstandsstab, Betriebswirtschaft, Treasury/ Aktiv-Passiv-Steuerung sowie Interne Revision. Die Marktpreisrisiken betragen insgesamt zum 31.12.2016 (VaR) 39,4 Mio. EUR (Vorjahr: 38,7 Mio. EUR).

Risikoart	in Mio. EUR	VaR 31.12.2015	VaR 31.12.2016
Zinsänderungsrisiko		37,3	35,1
Aktienkursrisiko		0,0	0,0
Risiko aus Fondsanlagen		1,4	4,3
Devisenrisiko		0,0	0,0

Zusätzlich zur wertorientierten Betrachtung erfolgt außerhalb der Risikotragfähigkeitsbetrachtung die vierteljährliche Quantifizierung der Risiken unter einer GuV-orientierten Sichtweise. Hierbei werden verschiedene Geschäftsstruktur- und Zinsszenarien berücksichtigt. Die Berichterstattung erfolgt ebenfalls an den Gesamtvorstand und an die Bereichsleiter Vorstandsstab, Betriebswirtschaft, Treasury/ Aktiv-Passiv-Steuerung sowie Interne Revision.

Bei einem fiktiven Ad-hoc-Zinsschock von +200 Basispunkten über Nacht ergibt sich am Bilanzstichtag ein Rückgang des ökonomischen Wertes um 16,4 % der Eigenmittel. Damit ist die Sparkasse Hanau im aufsichtlichen Sinne kein Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass eine Zahlungsverpflichtung nicht mehr uneingeschränkt erfüllt werden kann. Die bestehenden umfangreichen Refinanzierungsmöglichkeiten und die Investition in liquide Eigenanlagen gewährleisten die tägliche Zahlungsfähigkeit. Neben dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinn betrachtet die Sparkasse im Rahmen der Stressszenarien auch die Risiken aus der Refinanzierung sowie der Marktliquidität.

Die Sparkasse beachtet die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen laufend und reportet diese quartalsweise an den Gesamtvorstand und an die Bereichsleiter Vorstandsstab, Betriebswirtschaft, Treasury/ Aktiv-Passiv-Steuerung, Kreditmanagement sowie Interne Revision.

Die Sparkasse analysiert monatlich die erwarteten Liquiditätsbewegungen aus dem Geld- und Kapitalmarktgeschäft und dem Kundengeschäft. Über ein hierauf aufbauendes, monatliches Frühwarnsystem werden entstehende Liquiditätsengpässe rechtzeitig erkannt. Die Berichterstattung erfolgt ebenfalls monatlich im Aktiv-Passiv-Komitee.

Unabhängig von der kurzfristigen Liquiditätssteuerung und der Analyse der erwarteten Liquiditätsbewegungen, die im Hinblick auf die normale Geschäftstätigkeit erfolgen, wird die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit auch halbjährlich unter sehr ungünstigen Umweltbedingungen simuliert (Stressszenario). Ziel der Sparkasse ist es - auch bei Annahme einer dem „bank-run“ nahe kommenden Marktsituation - nach dieser Simulation im Zeitraum von mindestens zwei Monaten ihren Zahlungsverpflichtungen auch ohne einen Liquiditätsausgleich innerhalb des Sparkassenverbundes nachkommen zu können. Zusätzlich werden im Rahmen dieser Betrachtung für einen Zeitraum von einem Jahr erwartete Mittelabflüsse limitiert. Hierauf aufbauend wird zudem ein Inverser Stresstest durchgeführt, bei dem die Parameter einer kritischen Liquiditätssituation der Sparkasse ermittelt werden. Die Berichterstattung erfolgt ebenfalls im Rahmen des Quartalsreports Liquiditätsrisiken.

Für die beschriebenen Instrumente hat die Sparkasse Schwellenwerte definiert. Wird einer dieser Schwellenwerte überschritten, greift die Notfallplanung. Im Berichtszeitraum waren die Schwellenwerte jederzeit eingehalten. Notfallmaßnahmen waren nicht erforderlich.

Das Frühwarnsystem und die Limitierung des Stressszenarios gewährleisten eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur der Sparkasse.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko beinhaltet die Gefahr von unmittelbaren oder mittelbaren Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten.

Die Sparkasse Hanau setzt verschiedene Methoden ein, um operationelle Risiken zu identifizieren und zu steuern.

Die klare Definition, Dokumentation und fortlaufende Optimierung aller wesentlichen Arbeitsprozesse stellt die Operationalisierung der oben genannten Zielsetzung dar. Bei den eingesetzten Methoden handelt es sich deshalb um solche, die einen direkten Bezug zu den einzelnen Arbeitsprozessen haben. Eine klare und umfassende Dokumentation der wesent-

lichen Arbeitsprozesse, z. B. in Form von Arbeitsablaufbeschreibungen und/oder Arbeitsanweisungen bzw. dem Methodikleitfaden Risikomanagement, sieht die Sparkasse dabei als Voraussetzung für einen adäquaten Ablauf der Arbeitsprozesse an.

Die gesamte (IT-)Infrastruktur (Gebäude, IT-Komponenten) ist ausreichend vor Elementarschäden, Einbruch und Sabotage geschützt. Ein möglichst unterbrechungsfreier Betrieb wird über Service-Level-Vereinbarungen oder Backup-Konzepte mit den Dienstleistern abgesichert. Im Rahmen eines Business Continuity Managements (BCM) werden denkbare Notfallszenarien ausgehend von den wichtigsten Geschäftsprozessen bewertet, entsprechende Maßnahmen zum Notbetrieb oder zur Wiederherstellung definiert und durch regelmäßige Notfallübungen qualitätsgesichert. Die Vergabe und Überprüfung von IT-Berechtigungen erfolgt im Rahmen von Sollrollenmodellen.

Zur Erkennung von eingetretenen operationellen Risiken setzt die Sparkasse eine Schadensfalldatenbank ein. In 2016 belief sich der Gesamtschaden auf 0,7 Mio. EUR. Der Vorstand sowie die Bereichsleiter Vorstandsstab, Betriebswirtschaft, Treasury/ Aktiv-Passiv-Steuerung, Kreditmanagement sowie Interne Revision werden vierteljährlich über Art und Umfang eingetretener Schadensfälle unterrichtet. Zusätzlich erfolgt fallweise eine Ad-hoc-Berichterstattung an den Gesamtvorstand.

Darüber hinaus wird zur Steuerung und Identifikation von möglichen operationellen Risiken eine Risikolandkarte jährlich erstellt. Hierbei werden verschiedene Prozesse der Sparkasse von sachkundigen Mitarbeitern qualitativ beurteilt. Die Ergebnisse werden dem Vorstand berichtet. Die Auswertung zeigt, dass sich aus den betrachteten Prozessen kein höheres systemimmanentes operationelles Risiko ergibt.

Die operationellen Risiken werden mittels Basisindikatoransatz gemäß Art. 315 und 316 CRR quantifiziert. Zum 31.12.2016 beträgt die Eigenkapitalunterlegung hieraus 15,5 Mio. EUR, wovon 50 % für den Risikofall angesetzt werden. Der risikoäquivalente Betrag wird im Rahmen des bestehenden Gesamtbanklimitsystems angerechnet und findet somit im Rahmen des ganzheitlichen Risikomanagementkonzepts Berücksichtigung.

Stresstests auf Basis außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse sowie Inverse Stresstests

Bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit werden ebenfalls Stresstests auf Basis außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse (aE-Stresstests) einbezogen. Im Rahmen der aE-Stresstests wird untersucht, wie sich wesentliche Risiken der Sparkasse unter Annahme von Stressszenarien darstellen. Die Stressszenarien werden aus Erfahrungen der Vergangenheit abgeleitet (historische Szenarien) oder im Kontext des geschäftlichen Umfelds der Sparkasse entwickelt (hypothetische Szenarien).

Als Szenarien nimmt die Sparkasse Hanau an:

- Ausfall der drei größten Kreditnehmer
- Stützungsfall aus S-Finanzverbund mit zusätzlicher starker Spreadausweitung bei Kreditinstituten
- schwerer konjunktureller Einbruch
- Ausfall der größten Adresse aus dem Eigengeschäft und starker Spreadanstieg im Eigengeschäft

- starker Zinsanstieg aufgrund von Inflation

Die Sparkasse limitiert die Auswirkungen mit Bezug zum Risikodeckungspotenzial. Die aus den definierten Szenarien abgeleiteten Risiken wurden im Jahresverlauf immer durch das Risikodeckungspotenzial abgedeckt. Nach den Ergebnissen der zum Stichtag 31.12.2016 ermittelten Stresstest-Risiken war das höchste Risiko im Szenario „Ausfall der größten Adresse aus dem Eigengeschäft und starker Spreadanstieg im Eigengeschäft“ zu verzeichnen.

Daneben führt die Sparkasse Hanau auch Inverse Stresstests durch. Dabei wird untersucht, welche Ereignisse oder Szenarien die Überlebensfähigkeit der Sparkasse gefährden bzw. eine Unternehmensfortführung nicht weiter zulassen würden. Dazu erfolgt eine Kombination der oben beschriebenen außergewöhnlichen Ereignisse. Abhängig von der Anzahl der Kombinationen, die zu einer Gefährdung der Überlebensfähigkeit führen, erfolgt eine kritische Reflexion. Im Ergebnis ließen sich im Jahresverlauf daraus insbesondere unter Berücksichtigung der geringen Eintrittswahrscheinlichkeiten der Ergebniskombinationen keine Handlungsnotwendigkeiten ableiten.

Diese beiden Stresstests werden vierteljährlich durchgeführt und im Ergebnis an den Vorstand sowie an die Bereichsleiter Vorstandsstab, Betriebswirtschaft, Treasury/ Aktiv-Passiv-Steuerung, Kreditmanagement sowie Interne Revision berichtet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die Sparkasse Hanau hat ein umfangreiches System zur Bestimmung des zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzials implementiert. Die Gesamtbankrisiken, die sich im Wesentlichen durch die Zusammenführung der oben beschriebenen Risiken ergeben, sind durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgeschirmt. Die in den einzelnen Risikokategorien vorgegebenen internen Limite wurden in allen Szenarien eingehalten. Die Ergebnisse sind nochmals in nachfolgender Übersicht dargestellt.

Risikoart	Limit in Mio. EUR	Auslastung	Auslastung in %
Adressenrisiko	25,4	12,8	50%
Zinsänderungsrisiko	46,5	35,1	76%
Aktienkursrisiko	0,4	0,0	0%
Risiko aus Fondsanlagen	5,3	4,3	81%
Devisenrisiko	0,0	0,0	0%
Operationelles Risiko	7,7	7,7	100%

Abweichend zur Vorgehensweise bei den übrigen Risiken entspricht das Limit für operationelle Risiken dem Verlustpotenzial, sodass dieses Limit kein echtes Steuerungslimit darstellt, sondern den Charakter einer Abzugsposition hat.

Bemerkenswerte Risikokonzentrationen auf Gesamtbankebene sind nicht ersichtlich.

Neben der dargestellten Berichterstattung an den Vorstand sowie die Fachebene erfolgt vierteljährlich eine Risikoberichterstattung an den Verwaltungsrat. Darüber hinaus ist ein Ad-hoc-Berichtswesen eingerichtet.

Die Sparkasse ist Mitglied der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen und in das Verbundkonzept eingebunden. Als ein zentraler Bestandteil wurde ein Risikofrühwarnsystem installiert. In zwei komplementären Ansätzen werden die Institute anhand ihrer betriebswirtschaftlichen Kennziffern und ihrer Risikotragfähigkeit beobachtet. Für die Sparkasse sind daraus insgesamt keine Risiken erkennbar.

Die Sparkasse Hanau hat folgende unabhängige Ratings erhalten:

Ratingagentur	Langfristiges Rating	Ausblick	Kurzfrist-Rating	erstellt / bestätigt
Verbundratings auf Ebene der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen:				
Fitch	A+	Stabil	F1+	25.01.2016
Standard & Poor's	A	Stabil	A-1	19.08.2016
DSGV-Ratings:				
Dominion Bond Rating Service (Floor-Rating)	A	Stabil	R-1 (low)	09.06.2016
Moody's (Verbundrating)	Aa2	Stabil	k.A.	18.02.2016

Prognosebericht

In besonderem Maße bestimmen externe Einflussfaktoren den Geschäftsverlauf des Jahres 2017. Sowohl die weltpolitische Lage als auch die Entwicklung der Konjunktur bestimmen maßgeblich Investitionen, Konsum und Zinsverlauf.

Die Frühindikatoren im Euroraum signalisieren eine Beschleunigung der Wirtschaft in den kommenden Quartalen. Trotz der gewachsenen politischen Unsicherheiten bleibt die Stimmung bei den Unternehmen und Verbrauchern ungetrübt. Mit der seit 2014 zu verzeichnenden konjunkturellen Erholung in der Eurozone hat sich auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt belebt. Die Arbeitslosenrate fiel seit Januar 2014 von 11,9 % auf aktuell 9,6 %. Neben der Geldpolitik der Notenbanken rücken auch die politischen Risiken ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Wahlen insbesondere in Frankreich und in Deutschland werden die Märkte maßgeblich beeinflussen.

Die EZB verringert ihr Volumen im Ankaufsprogramm für Wertpapiere von 80 Mrd. EUR auf 60 Mrd. EUR und hat damit die Erhöhung vom März letzten Jahres wieder rückgängig gemacht. Grundsätzlich will die Notenbank am Kaufprogramm solange festhalten, bis sich die Inflation auf einem nachhaltigen Pfad in Richtung EZB-Zielwert befindet. Ein frühzeitiger Ausstieg noch vor Jahresende ist auch aufgrund der gestiegenen politischen Unsicherheiten eher unwahrscheinlich. Nach Beendigung des Kaufprogramms können aus Sicht der Zentralbank die Leitzinsen noch für einige Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben.

Vor diesem Hintergrund prognostiziert die Sparkasse Hanau ihre Unternehmensentwicklung. Der tatsächliche Geschäftsverlauf kann aufgrund der grundsätzlichen Unsicherheit der zukünftigen Entwicklung vom prognostizierten abweichen. Die Sparkasse überprüft unterjährig im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung die tatsächliche Entwicklung und passt die Ergebnisplanung bei wesentlichen Abweichungen an.

Der Vorstand der Sparkasse Hanau erwartet, dass die Zinsstruktur im Jahresverlauf weitgehend unverändert bleiben wird. Das Niedrigzinsumfeld wird voraussichtlich Bestand haben. Im Eigengeschäft plant die Sparkasse trotz der derzeit günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten im Geldmarkt mit einem merklichen Rückgang des Zinsüberschusses. Im Kundengeschäft werden die Zinsmargen ebenfalls weiter spürbar zurückgehen.

Die Sparkasse geht von einem leicht ansteigenden Volumen der Forderungen an Kunden aus. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden werden voraussichtlich ebenfalls leicht steigen. Das Eigengeschäftsvolumen wird voraussichtlich auf Vorjahresniveau liegen, sodass die Bilanzsumme insgesamt leicht ansteigen wird.

In ihrer mittelfristigen Unternehmensplanung geht die Sparkasse infolge des anhaltend niedrigen Zinsniveaus von einem leicht rückläufigen Zinsüberschuss aus. Provisionsüberschuss und sonstiger ordentlicher Ertrag werden durch eine weitere Stärkung des Wertpapiergeschäfts voraussichtlich marginal steigen.

Der Verwaltungsaufwand wird ebenfalls leicht ansteigen. Ursache hierfür sind höhere Personalaufwendungen insbesondere aufgrund von bereits vereinbarten Tarifsteigerungen. Die Sachkosten werden voraussichtlich auf Vorjahresniveau gehalten werden können. Die Risikoaufwendungen werden auf Basis unserer Planungen wieder deutlich höher als im eher untypischen Vorjahr liegen. Insgesamt erwartet der Vorstand der Sparkasse Hanau ein Jahresergebnis, das aufgrund der aufgeführten Effekte in Summe deutlich unter dem des Vorjahres liegt.

Risiken bestehen vor allem in internationalen Krisen, etwa im Nahen Osten, oder einer Abkühlung der Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Auch unerwartete wirtschafts- oder fiskalpolitische Reaktionen im Brexit-Prozess könnten negative Auswirkungen entfalten. Dies würde voraussichtlich zu einem Rückgang im Kreditgeschäft sowie zu höherem Wertberichtigungsbedarf führen. Die Auswirkungen verstärkter Arbeitslosigkeit und stärkerer Konsumzurückhaltung würden auch im Privatkundensegment deutlich spürbar. Auch eine Ausweitung der Bonitätsaufschläge bei Anleihen kann zu einem erhöhten Bewertungsbedarf führen. Wenn sich die Europäische Zentralbank zu einer frühzeitigeren Anhebung der Leitzinsen oder einer Verknappung der Liquidität am Geldmarkt entschließt, wird sich die Refinanzierung im Eigengeschäft spürbar verteuern und zu einem stärkeren Rückgang des Zinsüberschusses führen. Ein deutlicherer Anstieg der Zinssätze insbesondere im langfristigen Bereich hätte ebenfalls weiteren Bewertungsbedarf im Eigengeschäft zur Folge. Insgesamt würde das Jahresergebnis deutlich niedriger ausfallen.

Eine stärkere konjunkturelle Belebung wird die investitionsinduzierte Kreditnachfrage stärker ansteigen lassen. Gleichzeitig werden die Risikoaufwendungen im Kreditgeschäft geringer als erwartet ausfallen. Eine deutlich besser als erwartete konjunkturelle Entwicklung hätte auch eine positive Auswirkung auf die Kundeneinlagen sowie das nichtbilanzielle Geschäft der Sparkasse. Sollte sich die Risiko-Ertrags-Relation durch eine moderate Ausweitung der Zinsdifferenz zwischen Geld- und Kapitalmarkt verbessern, wird die Sparkasse auch die sich daraus ergebenden Chancen nutzen. Insgesamt ließe dies eine Steigerung des Geschäftsvolumens erwarten. Das Jahresergebnis wird bei einem günstigeren Geschäftsumfeld nicht vollständig das Vorjahrsniveau erreichen.

Die weiteren regulatorischen Entwicklungen, wie beispielsweise die anstehende Novelle der MaRisk oder die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung, beobachtet die Sparkasse aufmerksam, um frühzeitig und umfassend darauf reagieren zu können.

Durch Prozessoptimierungen und aufbauorganisatorische Anpassungen wird die Sparkasse Hanau weiterhin ihre Effizienz steigern und dabei die Tochter- und Verbundunternehmen mit einbeziehen. Gleichzeitig erfolgt eine weitere Ausrichtung auf die Kernkompetenzen im Vertrieb. Dazu gehören auch die weitere Stärkung des Beratungsangebots sowie die weitere Nutzung der modernen technischen Möglichkeiten in der Kundenberatung.

Die Sparkasse Hanau wird ihr umfangreiches gesellschaftliches Engagement in der Region fortsetzen. Dabei sind auch wieder Zustiftungen zu regionalen Stiftungen angedacht.

Die Sparkasse Hanau wird sich weiter als wirtschaftlich starkes, technisch fortschrittliches Institut positionieren und sich nachhaltig in der Region behaupten. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sparkasse zu. Sie machen den Unterschied und den Wettbewerbsvorteil der Sparkasse aus. Damit wird es der Sparkasse weiter gelingen, den Bürgern, Selbständigen, Unternehmen und Kommunen als verlässlicher und leistungsstarker Partner zur Seite zu stehen. Die Sparkasse sieht sich gut gerüstet, auch künftig die Herausforderungen anzunehmen und im Wettbewerb erfolgreich zu bestehen.

I. Mitarbeiter, Geschäftsstellennetz und Förderung gemeinnütziger und kommunaler Belange

1. Mitarbeiter (per 31.12.2016)

Beschäftigte insgesamt	694
Auszubildende	42

2. Geschäftsstellennetz (per 31.12.2016)

Geschäftsstellen inkl. Hauptstelle	28
SB-Filialen	9
Geldausgabeautomaten	77
Terminals (inkl. GAA) mit Überweisungsfunktion	92

3. Spenden und Sponsoring (ohne Stiftungen) im Geschäftsjahr

In Tsd. EUR	Volumen	Anteil in %
Insgesamt	926	
Davon Verwendung für:		
• Soziales	200	22
• Kultur	482	52
• Umwelt	6	0
• Sport	172	19
• Forschung/Wirtschafts-/Wissenschaftsförderung	66	7
• Sonstiges	0	0

4. Stiftung der Sparkasse Hanau / Bürgerstiftung Hanau Stadt und Land

1. von der Sparkasse aufgebracht Stiftungskapital (in Tsd. EUR) am 31.12.2016	12.226	
2. Stiftungsausschüttungen im Geschäftsjahr		
Insgesamt (in Tsd. EUR):	358	
Davon Verwendung für:	Volumen	Anteil in %
• Soziales	224	63
• Kultur	129	36
• Umwelt	2	0
• Sport	3	1
• Forschung/ Wirtschafts-/Wissenschaftsförderung	0	0
• Sonstiges	0	0

5. Steuerleistung im Geschäftsjahr (in Tsd. EUR)

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11.487
Sonstige Steuern	85

II. Förderung der Vermögensbildung

1. Bilanzwirksame Anlagen

a) Kontenzahl (per 31.12.2016)

Sparkonten	81.886
Termingeldkonten	394
Konten für täglich fällige Gelder darunter:	139.141
• Geschäftsgirokonten	13.782
• Privatgirokonten	86.720
Summe	221.421
nachrichtlich: Girokonten für Jedermann	6.322

b) Vermögensbildung (per 31.12.2016) in Mio. EUR

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.664
Davon:	
• Spareinlagen	630
• Andere Verbindlichkeiten	2.033
Verbriefte Verbindlichkeiten	43
Nachrangige Verbindlichkeiten	5
Genussrechte	0

2. Bilanzneutrale Anlagen

a) Anzahl Kundendepots (per 31.12.2016)

Anzahl Kundendepots	19.625
---------------------	--------

b) Kundenwertpapiergeschäft - Bestände per 31.12.2016 (in Mio. EUR)

Depotbestand	663
--------------	-----

III. Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs

1. Forderungen an Kunden (per 31.12.2016) in Mio. EUR

Forderungen an Kunden	2.814
-----------------------	-------

2. Darlehenszusagen und -auszahlungen im Geschäftsjahr (in Mio. EUR)

Darlehenszusagen	374
Darlehensauszahlungen	376

IV. Girokonten auf Guthabenbasis im Geschäftsjahr

Girokonten auf Guthabenbasis	6.322
------------------------------	-------

V. Beratung von Existenzgründern im Geschäftsjahr

Finanziertes Volumen (in Tsd. EUR)	3.810
Finanzierung davon durch	
• Sparkassenmittel	172
• Öffentliche Fördermittel	3.638
• Eigenmittel Gründer	0
• Sonstige	0
Geplante Zahl von Arbeitsplätzen	20

VI. Vermittelte Förderkredite per 31.12.2016

Volumen (in Tsd. EUR)	26.280
-----------------------	--------

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2016



der
Sitz

Sparkasse Hanau
Hanau

eingetragen beim
Amtsgericht
Handelsregister-Nr.

Hanau
HRA 5420

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016

Aktivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		16.315.329,15		16.074
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		11.696.599,27		12.586
			28.011.928,42	28.660
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		39.269.649,99		48.479
b) andere Forderungen		571.656.093,83		488.423
			610.925.743,82	536.902
4. Forderungen an Kunden			2.814.448.527,38	2.779.234
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	1.432.725.269,93	EUR		(1.395.551)
Kommunalkredite	485.825.527,39	EUR		(490.939)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		237.488.105,93		222.319
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	237.488.105,93	EUR		(222.319)
bb) von anderen Emittenten		542.012.271,34		672.563
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	481.267.361,35	EUR		(604.249)
			779.500.377,27	894.882
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	0
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			779.500.377,27	894.882
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			203.761.413,48	199.912
6a. Handelsbestand			0,00	0
7. Beteiligungen			24.643.044,44	24.700
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(57)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.843.118,92	EUR		(1.843)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			150.000,00	150
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			461.665,31	577
darunter:				
Treuhandkredite	461.665,31	EUR		(577)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		51.495,00		79
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			51.495,00	79
12. Sachanlagen			14.169.856,16	15.233
13. Sonstige Vermögensgegenstände			11.872.856,07	9.987
14. Rechnungsabgrenzungsposten			17.615.866,19	17.071
15. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			7.149,42	7
Summe der Aktiva			4.505.619.922,96	4.507.394

	EUR	EUR	EUR	31.12.2015 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		45.151.135,25		145.902
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.340.456.856,57</u>		<u>1.425.640</u>
			1.385.607.991,82	<u>1.571.542</u>
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	596.314.911,89			558.115
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>34.144.371,33</u>			<u>45.202</u>
		630.459.283,22		603.317
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	1.681.144.090,76			1.587.546
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>352.094.533,67</u>			<u>304.525</u>
		2.033.238.624,43		1.892.071
			2.663.697.907,65	<u>2.495.388</u>
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		42.790.717,56		44.792
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	<u>0,00 EUR</u>			(0)
			42.790.717,56	44.792
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			461.665,31	577
darunter:				
Treuhandkredite	461.665,31 EUR			(577)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			4.395.065,68	4.573
6. Rechnungsabgrenzungsposten			988.639,06	1.176
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		11.469.617,00		11.698
b) Steuerrückstellungen		1.354.275,49		1.685
c) andere Rückstellungen		<u>10.823.088,18</u>		<u>9.654</u>
			23.646.980,67	23.038
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			4.750.409,86	6.045
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			136.145.000,00	120.130
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	125.000,00 EUR			(110)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	234.135.545,35			231.136
cb) andere Rücklagen	<u>0,00</u>			0
		234.135.545,35		231.136
d) Bilanzgewinn		9.000.000,00		9.000
			243.135.545,35	<u>240.136</u>
Summe der Passiva			4.505.619.922,96	4.507.394
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		209.384.387,56		228.796
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>0,00</u>		0
			209.384.387,56	228.796
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		199.397.149,85		234.011
			199.397.149,85	<u>234.011</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016**

	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	110.351.820,49			123.835
darunter: aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	3.415.588,94			6.603
		113.767.409,43		130.438
2. Zinsaufwendungen		38.386.266,87		53.136
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	390.444,67 EUR			(1.447)
			75.381.142,56	77.303
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		4.192.280,12		3.898
b) Beteiligungen		2.050.878,87		2.475
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			6.243.158,99	6.373
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			1.160.406,50	945
5. Provisionserträge		19.152.085,87		18.973
6. Provisionsaufwendungen		1.216.230,09		1.132
			17.935.855,78	17.841
7. Nettoertrag des Handelsbestands			106.340,52	160
darunter: Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	15.000,00 EUR			(20)
8. Sonstige betriebliche Erträge			4.405.710,15	4.686
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	89.307,37 EUR			(98)
9. (weggefallen)			105.232.614,50	107.308
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	31.889.690,34			31.338
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	8.299.514,77			8.481
darunter:				
für Altersversorgung	2.683.968,26 EUR			(2.975)
		40.189.205,11		39.819
b) andere Verwaltungsaufwendungen		22.621.482,86		22.017
			62.810.687,97	61.836
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			2.421.457,28	2.314
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			4.764.071,93	2.541
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	2.549,20 EUR			(21)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		2.588
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.351.189,02		0
			1.351.189,02	2.588
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		15.444,81		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		996
			15.444,81	996
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00		0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		16.000.000,00		16.820
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		20.572.141,53		22.206
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		11.487.329,96		13.134
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		84.811,57		72
			11.572.141,53	13.206
25. Jahresüberschuss			9.000.000,00	9.000
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			9.000.000,00	9.000
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) aus anderen Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
			9.000.000,00	9.000
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) in andere Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			9.000.000,00	9.000

ANHANG

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss der Sparkasse Hanau zum 31. Dezember 2016 wurde nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind zum Nennwert ausgewiesen, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag/Anlagebetrag als Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitanteilig aufgelöst wird. Erforderliche Wertberichtigungen werden vom Forderungsbestand abgesetzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle akuten und latenten Ausfallrisiken. Den latenten Ausfallrisiken wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten bestehenden besonderen Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorge-reserven gemäß § 340f HGB und der Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. v. § 340g HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Bei Forderungen und Wertpapieren mit steigender Verzinsung nehmen wir die Zinsvereinnahmung entsprechend dem Nominalzins vor.

Den **Wertpapierbestand** unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Anlagevermögen, Liquiditätsreserve und Handelsbestand.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens und der Liquiditätsreserve** werden zu den Anschaffungskosten beziehungsweise niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert (strenges Niederstwertprinzip).

Die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten des Handelsbestandes haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht verändert.

Für die **Ermittlung des beizulegenden Werts** haben wir die festverzinslichen Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein **aktiver Markt** vorliegt. Dabei haben wir auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag in unsere Beurteilung einbezogen. Da nach unserer Einschätzung für die von uns gehaltenen festverzinslichen Wertpapiere aktive Märkte vorliegen, haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise zur Bewertung herangezogen.

Für ein Nominalvolumen von 38,8 Mio EUR an festverzinslichen Wertpapieren, für das kein aktiver Markt vorliegt (im Rahmen von Kreditbaskettransaktionen der S-Finanzgruppe erworbene Credit-Linked-Notes), haben wir die Bewertung anhand eines Bewertungsmodells (Discounted Cashflow-Modell), das von der Bayerischen Landesbank bereitgestellt wurde, vorgenommen. Die Credit-Linked-Notes haben wir in Übereinstimmung mit der IDW-Stellungnahme RS HFA 22 in ihre Bestandteile zerlegt und getrennt bilanziert. Zur Behandlung der getrennten Credit-Default-Swaps verweisen wir auf unsere Ausführungen zur Bilanzierung und Bewertung von Kreditderivaten.

Anteile an Investmentvermögen bewerten wir zu den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren von der Kapitalverwaltungsgesellschaft veröffentlichten investmentrechtlichen Rücknahmepreis bzw. dem von der Fondsgesellschaft mitgeteilten Nettovermögenswert. Bei insgesamt 89,9 Mio EUR Anteilen an offenen Immobilienfonds, die wir der Liquiditätsreserve zugeordnet haben, sind vertraglich geregelte Rückgabefristen zu beachten. Bei Nichtbeachtung dieser Fristen erhebt die Kapitalverwaltungsgesellschaft einen Rückgabeabschlag. Diese Rückgabeabschläge berücksichtigen wir bei der Bewertung dann, wenn eine vorfristige Rückgabe der Anteile beabsichtigt ist. Anteile an Investmentkommanditgesellschaften, die wir im Aktivposten 6 „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesen haben, bewerten wir nach den Grundsätzen für Beteiligungen.

Derivative Finanzinstrumente bilanzieren und bewerten wir grundsätzlich einzeln nach den handelsrechtlichen Vorschriften unter Beachtung der IDW-Stellungnahmen RS BFA 5 und RS BFA 6. Gezahlte bzw. erhaltene Optionsprämien sowie gezahlte bzw. erhaltene Margins werden in den Sonstigen Vermögensgegenständen bzw. Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Für Bewertungsverluste werden Drohverlustrückstellungen gebildet oder die aktivierten Optionsprämien bzw. Margins abgeschrieben.

Zinsswaps, die der Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos dienen, werden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs gemäß der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 einbezogen. Soweit Zinsswaps nicht der Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos dienen, werden sie imparitätisch einzeln bewertet, es sei denn, sie werden als Sicherungsinstrument im Rahmen einer Bewertungseinheit nach den Regeln von § 254 HGB bilanziell abgebildet.

Kreditderivate werden entsprechend den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 1 bilanziert und bewertet. Dabei werden Kreditderivate, die nach der genannten Stellungnahme als „erhaltene Kreditsicherheiten“ einzustufen sind, nicht eigenständig bilanziert, sondern bei der Bewertung der besicherten Forderung, d. h. bei der Ermittlung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen bzw. Rückstellungen im Kreditgeschäft, berücksichtigt.

Kreditderivate, die mit keinem anderen Geschäft der Sparkasse in Verbindung stehen („**freistehende Kreditderivate**“) und bei denen wir als Sicherungsgeber auftreten, haben wir ausschließlich in Bezug auf Adressenausfallrisiken abgeschlossen. Es ist beabsichtigt, diese Kreditderivate bis zur Endfälligkeit bzw. bis zum Eintritt des Kreditereignisses zu halten. Sie werden entsprechend den Grundsätzen für das Bürgschafts- und Garantiekreditgeschäft behandelt und als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Wird am Abschlussstichtag ernsthaft mit dem Eintritt des vereinbarten Kreditereignisses gerechnet, wird eine entsprechende Rückstellung gebildet. Die ausgewiesene Eventualverbindlichkeit wird um den Betrag der gebildeten Rückstellung gekürzt.

Wir bilden nach allgemein anerkannten Grundsätzen **Mikro-Bewertungseinheiten** von Wertpapieren, Krediten, Buchverbindlichkeiten und Derivaten. Dabei folgt die handelsbilanzielle Abbildung der im Risikomanagement vorgenommenen Zusammenfassung. Unser Begriffsverständnis für die einzelnen Arten von Bewertungseinheiten orientiert sich dabei an den Ausführungen der Gesetzesbegründung zum BilMoG. Sind die Voraussetzungen zum Bilden einer Bewertungseinheit erfüllt, bewerten wir grundsätzlich die zugehörigen Grund- und Sicherungsgeschäfte, soweit sich die aus dem abgesicherten Risiko ergebenden Wertentwicklungen ausgleichen, kompensatorisch. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt mittels der Einfrierungsmethode.

Zur prospektiven Wirksamkeitsmessung haben wir bei unseren Bewertungseinheiten jeweils Simulationsrechnungen zur Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft bei einer definierten Veränderung des abgesicherten Risikos erstellt. Durch Bilden des Quotienten der ermittelten Wertveränderungen haben wir das Ausmaß der prospektiven Wirksamkeit ermittelt (Dollar-Offset-Methode). Zur Bestimmung der retrospektiven Wirksamkeit haben wir die zwischen dem Tag der Designation der Bewertungseinheit und dem Bilanzstichtag jeweils eingetretene Veränderung des abgesicherten Risikos bestimmt. Durch Berücksichtigung dieser Wertveränderungen und Konstanthalten der übrigen wertbestimmenden Faktoren haben wir eine Ermittlung der Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft vorgenommen. Soweit sich die so ermittelten Wertveränderungen ausgleichen, haben wir eine kompensatorische Bewertung vorgenommen.

Die **Beteiligungen** und die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind mit den Anschaffungskosten bzw. den fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei einer Wertminderung werden Abschreibungen vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Anlagewerte des Anlagevermögens** und die **Sachanlagen** bewerten wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Geringwertige Vermögensgegenstände, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden aus Vereinfachungsgründen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen sofort als Aufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Vermögensgegenstände in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen bzw. für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr bestehen, werden **Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB** vorgenommen.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag beziehungsweise Nominalbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird grundsätzlich in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Gegenüber Kreditinstituten hat die Sparkasse Verbindlichkeiten begründet, bei denen der Erfüllungsbetrag der Verbindlichkeit höher als der Ausgabebetrag ist (Disagio). Diese Disagien wurden wie im Vorjahr unter Verzicht auf das Wahlrecht des § 250 Abs. 3 Satz 1 HGB aufwandswirksam zu Lasten des Zinsergebnisses gebucht.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** haben wir alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste ausreichend berücksichtigt. Dabei haben wir Einschätzungen vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. Dabei wurde in Einzelfällen auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Soweit erforderlich haben wir künftige Preis- und Kostensteigerungen sowie bei Abzinsung der Rückstellungen die Zinssätze entsprechend den Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung berücksichtigt. Rückstellungen mit einer ursprünglichen Laufzeit von genau einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Rückstellungen, die eine Ursprungslaufzeit von über einem Jahr hatten, werden dagegen auch bei einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger abgezinst. Bei der Ermittlung der im Zusammenhang mit der Rückstellungs-

bewertung entstehenden Aufwendungen und Erträge wird davon ausgegangen, dass die Änderung des Abzinsungssatzes zum Beginn der Periode eingetreten ist. Für Veränderungen des Verpflichtungsumfanges wird die Annahme getroffen, dass diese zum Periodenende eingetreten sind. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes oder der Restlaufzeit sind einheitlich im Aufzinsungsergebnis enthalten und werden demzufolge in dem GuV-Posten 2 „Zinsaufwendungen“ ausgewiesen.

Rückstellungen für Pensionen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Dabei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005G und ein individueller durchschnittlicher laufzeitabhängiger Marktzinssatz von 4,01 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Hierbei haben wir den von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelten Zinssatz verwendet. Der durchschnittliche Marktzins wurde erstmals auf Basis der vergangenen zehn Jahre ermittelt. Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen wurden mit 2,3 % p. a. berücksichtigt, erwartete Rentensteigerungen mit 1,5 % p. a.

Die Änderung des bei der Ermittlung des durchschnittlichen Marktzinses berücksichtigten Zeitraums von zehn Jahren (bisher sieben Jahre) stellt eine Änderung der Bewertungsmethode i. S. v. § 284 Abs. 2 Nr. 2 HGB dar, die aufgrund des Inkrafttretens des „Gesetzes zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften“ am 17. März 2016 erforderlich wurde. Die Rückstellungen haben sich durch diese Änderung um 1.253 TEUR reduziert. Das im GuV-Posten 2 ausgewiesene Aufzinsungsergebnis aus der Veränderung des Durchschnittszinssatzes hat sich um diesen Betrag vermindert.

Die Bewertung der **Rückstellungen für Beihilfeverpflichtungen** erfolgte im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 auf der Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens (Vorjahr: Bewertung in Anlehnung an die Pensionsrückstellungen). Durch diese Änderung der Bewertungsmethode wird ein verbesserter Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse gegeben. Im Vergleich mit der bisherigen Bewertungsmethode haben sich die Rückstellungen (Passiva 7 c) um 2 TEUR vermindert. Die Sonstigen betrieblichen Erträge (GuV-Posten 8) haben sich aufgrund des Methodenwechsels um 2 TEUR erhöht.

Im Rahmen der **verlustfreien Bewertung des Bankbuchs** haben wir einen barwertorientierten Rückstellungstest durchgeführt und hierbei die IDW-Stellungnahme RS BFA 3 berücksichtigt. Im ersten Schritt haben wir den Überschuss des Barwerts des Bankbuchs über den Buchwert des Bankbuchs ermittelt. Vom Ergebnis dieser Ermittlung haben wir die Verwaltungsaufwendungen und Risikokosten abgezogen, die bis zur vollständigen Abwicklung des Bestands des Bankbuchs erwartet werden. Nach unseren Ermittlungen hat sich kein Verpflichtungsüberschuss ergeben.

Für getätigte Anlagen gezahlte Zinsen (sogenannte „**Negativzinsen**“) werden im GuV-Posten 1 ausgewiesen. Die für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangenen Negativzinsen werden im GuV-Posten 2 ausgewiesen.

Bei **Zinsswaps** werden die Zinszahlungen saldiert je Swap im GuV-Posten 1 oder 2 ausgewiesen. Zinszahlungen aus Swaps, die in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB einbezogen wurden, werden mit den Zinszahlungen des Grundgeschäfts der Bewertungseinheit saldiert.

Die **Währungsumrechnung** erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf ausländische Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskassengeschäfte werden zum EZB-Referenzkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus Geschäften außerhalb der besonderen Deckung werden unter Berücksichtigung des § 256a HGB gebucht und in den Sonstigen betrieblichen Erträgen und Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert je Währung in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ SOWIE ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSTRICH

I. POSTENBEZOGENE ANGABEN

FORDERUNGEN AN KREDITSTITUTE

a) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Posten Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

	Forderungen an			
	verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR			
Gesamtbetrag	-	-	-	197

b) Forderungen an die eigene Girozentrale

Im Posten Forderungen an Kreditinstitute sind Forderungen an die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, in Höhe von 376.521 TEUR (Vorjahr: 270.710 TEUR) enthalten.

FORDERUNGEN AN KUNDEN

a) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Posten Forderungen an Kunden sind Forderungen an verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

	Forderungen an			
	verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR			
Gesamtbetrag	-	-	65.363	62.192

SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

a) Börsenfähige Wertpapiere

insgesamt	davon		darunter: nicht mit dem Niederstwert bewertet
	börsennotiert	nicht börsennotiert	
TEUR			
779.500	740.682	38.818	-

AKTIEN UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

a) Börsenfähige Wertpapiere

insgesamt	davon		darunter: nicht mit dem Niederstwert bewertet
	börsennotiert	nicht börsennotiert	
TEUR			
203.761	-	203.761	-

b) Angaben zu Anteilen an Investmentvermögen

Zu Anteilen an Sondervermögen i. S. d. § 1 Abs. 10 KAGB, an denen die Sparkasse am 31. Dezember 2016 mehr als 10 % der Anteile hält, machen wir gemäß § 285 Nr. 26 HGB die folgenden Angaben:

Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttungen im Geschäftsjahr
Rentenfonds			
A-SKHU-Corporate 2-Fonds	55.089	5.089	-
Mischfonds			
Sparkasse Hanau Grimmfonds	9.803	-	3
HI-SK-HU-Multi-Asset-Fonds	35.800	-	160

Die dargestellten Investmentvermögen unterliegen zum Bilanzstichtag keiner Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

c) Nachrangige Vermögensgegenstände

Im Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind nachrangige Vermögensgegenstände in Höhe von 5.025 TEUR (Vorjahr: 5.025 TEUR) enthalten.

BETEILIGUNGEN

a) Anteilsbesitz

Unter den Beteiligungen werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

Name	Sitz	Kapital-anteil	Eigenkapital	Ergebnis
		%		
BHT Baugrund Hessen-Thüringen Gesellschaft für Baulandbeschaffung, Erschließung und Kommunalbau mbH & Co. Objekt Bauhof Maintal KG	Frankfurt am Main	50,00	878	78
Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	Frankfurt am Main und Erfurt	3,04	Keine Angabe	Keine Angabe
Hessisch-Thüringische Sparkassen Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	3,02	1.284	507
Dritte Hessisch-Thüringische Sparkassen-Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Battenberg	6,03	165	251
Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG	Bad Homburg v.d.H.	0,34	616.500	45.400
Baugesellschaft Hanau GmbH	Hanau	0,68	23.213	-*
Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG	Neuhardenberg	0,34	3.812.471	-131.000

* Ergebnisabführung von 903 TEUR an den Mehrheitsgesellschafter

Bei den ausgewiesenen Jahresergebnissen handelt es sich um die Ergebnisse des Jahres 2015. Das ausgewiesene Jahresergebnis der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG ist das Ergebnis des Jahres 2016.

ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

a) Anteilsbesitz

Unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen werden die Anteile an folgenden Unternehmen ausgewiesen:

Name	Sitz	Kapital-anteil	Eigenkapital	Ergebnis
		%		
S-FinanzCenter Hanau GmbH	Hanau	100,00	442	-
S-Dienstleistung Hanau - Main-Kinzig GmbH	Hanau	100,00	50	-
			492	-

Nach dem Jahresabschluss zum 30. September 2016 betragen bei der S-FinanzCenter Hanau GmbH die Bilanzsumme 1.943 TEUR, die Umsatzerlöse 3.429 TEUR und der an die Sparkasse abzuführende Gewinn 1.039 TEUR. Nach dem Jahresabschluss zum 31. Oktober 2016 der S-Dienstleistung Hanau - Main-Kinzig GmbH betragen die Bilanzsumme 177 TEUR, die Umsatzerlöse 2.418 TEUR und der an die Sparkasse abzuführende Gewinn 121 TEUR. Eine Einbeziehung der Tochterunternehmen in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Ein-

fluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss. Im Hinblick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind die verbundenen Unternehmen insgesamt von untergeordneter Bedeutung, sodass gemäß § 296 HGB die Aufstellung eines Konzernabschlusses unterbleiben konnte.

TREUHANDVERMÖGEN

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe Forderungen an Kunden.

SACHANLAGEN

a) Grundstücke und Gebäude

Die Grundstücke und Bauten entfallen zum weit überwiegenden Teil auf von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten.

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

a) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind Forderungen an verbundene Unternehmen sowie an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

	Forderungen an			
	verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR			
Gesamtbetrag	1.178	962	-	-

b) Nachrangige Vermögensgegenstände

Im Posten Sonstige Vermögensgegenstände sind insgesamt nachrangige Vermögensgegenstände in Höhe von 5.113 TEUR (Vorjahr: 5.113 TEUR) enthalten.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Im Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	
Agio aus Forderungen	16.052	15.487
Disagio aus Verbindlichkeiten (§ 250 Abs. 3 HGB)	3	4

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

a) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR			
Gesamtbetrag	-	-	-	5.129

b) Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale

Im Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, in Höhe von 205.042 TEUR (Vorjahr: 419.109 TEUR) enthalten.

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

a) Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Im Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR			
Gesamtbetrag	2.043	1.789	49	52

TREUHANDVERBINDLICHKEITEN

Die Treuhandverbindlichkeiten entfallen mit 373 TEUR auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und mit 89 TEUR auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Im Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagien aus Forderungen in Höhe von 836 TEUR (Vorjahr: 943 TEUR) enthalten.

RÜCKSTELLUNGEN

Der Differenzbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 3 HGB zwischen der Bewertung der Pensionsrückstellungen mit dem Marktzins, der sich bei einer zehnjährigen Durchschnittsbildung ergibt, und mit dem Marktzins der sich bei einer siebenjährigen Durchschnittsbildung ergibt, beträgt 1.253 TEUR. Dieser Betrag unterliegt nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB einer Ausschüttungssperre.

Der Ausschüttungssperre nach dem Handelsgesetzbuch wird durch die verpflichtende Dotierung der Sicherheitsrücklage nach § 16 Abs. 3 Satz 1 Hessisches Sparkassengesetz Rechnung getragen.

NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

Für von der Sparkasse zum Zwecke der Anerkennung als aufsichtsrechtliche Eigenmittel eingegangene nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen von 216 TEUR angefallen. In der Bilanz sind unter diesem Posten anteilige Zinsen in Höhe von 13 TEUR enthalten.

a) Nachrangige Verbindlichkeiten größer als 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten

Betrag Mio EUR	Emissionsjahr	Zinssatz in %	Fällig im Jahr
0,5	2007	4,62	2017

Die von der Sparkasse begebenen nachrangigen Verbindlichkeiten, die 10 % der Gesamtverbindlichkeiten übersteigen, wurden im Volumen von 0,5 Mio EUR nach den Vorgaben des KWG a. F. in der Zeit bis zum 31. Dezember 2011 begeben.

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung der Sparkasse kann bei diesen nachrangigen Verbindlichkeiten nicht entstehen. Die von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Sparkasse erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Sie dienen der Verstärkung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Sparkasse und werden im Rahmen der Übergangsregelungen der CRR angerechnet.

Die Sparkasse hat sich bei diesen Verbindlichkeiten ein außerordentliches Kündigungsrecht vorbehalten. Danach kann sie die nachrangigen Verbindlichkeiten unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwei Jahren jeweils zum Ende eines Geschäftsjahrs, frühestens zum Ende des fünften Geschäftsjahrs, das dem Ausgabejahr folgt, kündigen, wenn entweder eine Rechtsvorschrift in der Bundesrepublik Deutschland erlassen, geändert oder in einer Weise angewendet wird, die bei der Sparkasse zu einer höheren Steuerbelastung führt als zum Zeitpunkt ihrer Ausgabe, oder die Anerkennung nachrangiger Verbindlichkeiten als aufsichtsrechtliche Eigenmittel im Sinne des KWG a. F. entfällt oder beeinträchtigt wird. Nach Auffassung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht steht der Sparkasse aufgrund der verminderten Anrechnung als aufsichtsrechtliche Eigenmittel im Rahmen der Übergangsregelungen der CRR kein außerordentliches Kündigungsrecht zu.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt 4,2 Mio EUR, die im Einzelfall 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, haben eine Durchschnittsverzinsung von 3,85 % und Ursprungslaufzeiten von 6 bis 10 Jahren; davon werden in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, 0,5 Mio EUR fällig.

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

Im Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sind keine Einzelbeträge enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

ANDERE VERPFLICHTUNGEN

Im Posten „Andere Verpflichtungen“ sind keine Einzelbeträge enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

II. MEHRERE POSTEN DER BILANZ BETREFFENDE ANGABEN

FRISTENGLIEDERUNG

	Restlaufzeiten				Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	Beträge, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
TEUR						
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	30.073	9.974	204.000	309.500	----	----
4. Forderungen an Kunden	64.099	139.507	739.179	1.749.214	119.770	----
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	----	----	----	----	----	74.367
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	235.088	222.115	612.065	262.195	----	----
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	3.572	10.101	19.817	534	-----	-----
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	36.055	18.414	121.103	171.281	----	----
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen	----	----	----	----	----	14.403
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	----	----	----	----	----	----

Von dem Wahlrecht des § 11 Satz 3 RechKredV haben wir Gebrauch gemacht.

FINANZANLAGEN

	Anschaffungs- kosten 1.1.2016	Veränderungen des Geschäftsjahrs	Buchwert inkl. abgegrenzter Zinsen	
			31.12.2016	31.12.2015
TEUR				
Beteiligungen	37.772	-57	24.643	24.700
Sonstige Vermögensgegenstände	5.258	-	5.478	5.478
Schuldverschreibungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere	40.829	-2.031	38.819	40.850
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	21.987	-3.681	18.259	21.940
Anteile an verbundenen Unternehmen	150	-	150	150

Von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 Satz 2 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

SACHANLAGEN, IMMATERIELLE ANLAGEWERTE UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Anlagen im Bau	Immaterielle Anlagewerte	Sonstige Vermögensgegenstände inkl. abgegrenzter Zinsen
	TEUR				
Anschaffungs- und Herstellungskosten					
Stand am 1.1.2016	43.324	34.927	109	1.363	-
Zugänge	6	1.346	4	19	-
Abgänge	503	5.304	-	30	-
Umbuchungen	-	109	-109	-	-
Stand am 31.12.2016	42.827	31.078	4	1.352	-
kumulierte Abschreibungen					
Stand am 1.1.2016	33.155	29.972	-	1.284	-
Abschreibungen des Geschäftsjahrs	671	1.703	-	47	-
Zuschreibungen des Geschäftsjahrs	-	-	-	-	-
Kumulierte Abschreibungen auf Abgänge	503	5.259	-	30	-
Kumulierte Abschreibungen auf Zugänge	-	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Stand am 31.12.2016	33.323	26.416	-	1.301	-
Buchwert am 31.12.2015	10.169	4.955	109	79	-
Buchwert am 31.12.2016	9.504	4.662	4	51	-

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND VERBINDLICHKEITEN IN FREMDWÄHRUNG

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 89.772 TEUR und Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 90.142 TEUR.

ANGABEN ZUR VERRECHNUNG GEMÄß § 246 ABS. 2 HGB

Vermögensgegenstände und Schulden wurden nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in folgendem Umfang miteinander verrechnet:

Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	beizulegender Zeitwert zum 31.12.2016 der verrechneten Vermögensgegenstände	Erfüllungsbetrag der Schulden	verrechnete Aufwendungen und Erträge
TEUR			
179	179	179	0

Bei den verrechneten Vermögensgegenständen handelt es sich in Höhe von 179 TEUR um Versicherungsguthaben die, sofern eine Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht erfolgen würde, im Bilanzposten Aktiva 13 auszuweisen wären.

Bei den verrechneten Schulden handelt es sich in Höhe von 179 TEUR um Rückstellungen für Altersteilzeitvereinbarungen, die, sofern eine Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nicht erfolgen würde, im Bilanzposten Passiva 7 c auszuweisen wären.

Der Saldo aus der Verrechnung von Aufwendungen und Erträgen beträgt 1 TEUR (Aufwand) und wurde im GuV-Posten 2 ausgewiesen. Der Aufwand aus der Aufzinsung der Altersteilzeitrückstellung wurde hierbei mit den Erträgen aus dem zu verrechnenden Deckungsvermögen saldiert.

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Neben den als Deckungsmasse für begebene Pfandbriefe dienenden Forderungen (vgl. Angaben zum Pfandbriefgeschäft) wurden für folgende Bilanzposten Vermögensgegenstände in angegebener Höhe als Sicherheit übertragen:

	31.12.2016	31.12.2015
	TEUR	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	892.449	826.448
Sonstige Verbindlichkeiten	9.974	9.994

Der unter der Position „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ ausgewiesene Betrag betrifft zum 31. Dezember 2016 mit 603,4 Mio EUR Buchwerte von Wertpapieren, die der Deutschen Bundesbank für Refinanzierungszwecke verpfändet wurden. Zum Bilanzstichtag 2016 betragen die derart besicherten Verbindlichkeiten 190,0 Mio EUR. Als Sicherheit für eigene Geschäfte und Kundengeschäfte an der Eurex Deutschland wurden Wertpapiere mit Buchwerten von 10,0 Mio EUR hinterlegt. Diese sind in der Position „Sonstige Verbindlichkeiten“ enthalten. Zum Bilanzstichtag bestanden keine derart besicherten Verbindlichkeiten.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I. POSTENBEZOGENE ANGABEN

ZINSERTRÄGE

Für getätigte Anlagen gezahlte Zinsen (sogenannte „Negativzinsen“) sind in Höhe von 128 EUR in den Zinserträgen enthalten.

In den Zinserträgen sind 0,3 Mio EUR (Vorjahr: 1,3 Mio EUR) Ausgleichszahlungen für vorfristig aufgelöste Zinsswaps enthalten. Der Zinsüberschuss zukünftiger Jahre wird hierdurch belastet.

ZINSAUFWENDUNGEN

Für aufgenommene bzw. erhaltene Gelder von der Sparkasse empfangene „Negativzinsen“ sind in Höhe von 779.041 EUR in den Zinsaufwendungen enthalten.

In den Zinsaufwendungen sind geleistete Ausgleichszahlungen von 12,2 Mio EUR (Vorjahr: 13,8 Mio EUR) für vorzeitige Auflösungen von Zinsswaps enthalten. Der Zinsüberschuss zukünftiger Jahre wird hierdurch entlastet.

PROVISIONSERTRÄGE

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherungen, Bausparverträge, Wertpapiere, Leasingverträge).

NETTOERGEBNIS DES HANDELSBESTANDS

Aus dem **Nettoergebnis des Handelsbestands** haben wir gemäß § 340e Abs. 4 HGB eine Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) in Höhe von 12,4 % des Nettoergebnisses des Handelsbestands (vor Zuführung zum Sonderposten) vorgenommen. Die **laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands** haben wir entsprechend der Vorgehensweise in unserer internen Steuerung in dem GuV-Posten 7 ausgewiesen.

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge entfallen zu etwa 56 % auf nicht bankspezifische Dienstleistungen gegenüber verbundenen Unternehmen.

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen dienen zu gut der Hälfte der Vorsorge gegen Aufwendungen aus dem Bereich des Wohnungsbaukreditgeschäftes, für die entsprechende Rückstellungen gebildet wurden.

JAHRESÜBERSCHUSS

Steuerliche Sonderabschreibungen früherer Jahre, die gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, beeinflussen das Ergebnis nur in unbedeutendem Umfang. Aus der Fortführung des Ansatzes steuerlicher Werte aus früheren Geschäftsjahren sind zukünftige Belastungen in Form von Steuerzahlungen zu erwarten. Die Belastungen verteilen sich über eine Reihe von Jahren und beeinflussen die künftigen Jahresergebnisse nur unwesentlich.

BILANZGEWINN

a) Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt vor, aus dem für das Geschäftsjahr 2016 ausgewiesenen Bilanzgewinn 6,0 Mio EUR an die Träger der Sparkasse auszuschütten und 3,0 Mio EUR der Sicherheitsrücklage zuzuführen. Der Gewinnverwendungsvorschlag berücksichtigt § 16 HSpG.

D. SONSTIGE ANGABEN

ANGABE ZU TERMINGESCHÄFTEN GEMÄß § 36 RECHKREDV

	Nominalbeträge der Termingeschäfte in TEUR			
	nach Restlaufzeiten			insgesamt
	bis ein Jahr	über ein bis fünf Jahre	über fünf Jahre	
Zinsrisiken				
Zinsswaps	127.000	1.515.121	1.416.031	3.058.152
darunter Handelsgeschäfte	(-)	(-)	(-)	(-)
darunter Deckungsgeschäfte	(62.000)	(745.121)	(559.556)	(1.366.677)
Kreditderivate*				
Credit-Default-Swaps				
- Sicherungsnehmer	11.000	28.300	-	39.300
darunter Handelsgeschäfte	(-)	(-)	(-)	(-)
darunter Deckungsgeschäfte	(-)	(-)	(-)	(-)

* Gemäß der IDW-Stellungnahme RS BFA 1 erfolgt die Darstellung ohne Kreditderivate, die als gestellte Kredit-sicherheiten eingestuft wurden.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE, DIE NICHT ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BILANZIERT WURDEN

Die Volumina und die beizulegenden Zeitwerte der derivativen Geschäfte stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegender Zeitwert zum 31.12.2016	
	31.12.2016	31.12.2015	positiv	negativ
	TEUR			
Zinsrisiken				
Zinsswaps	1.691.475	1.481.622	64.920	8.536
Adressenrisiken				
Credit-Default-Swaps (Sicherungsnehmer)	39.300	39.300	22	15
Insgesamt	1.730.775	1.520.922	64.942	8.551

Derivate, die in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB einbezogen sind, sind in der vorstehenden Tabelle nicht enthalten.

Die angegebenen Zinsderivate bestehen ausschließlich zur Steuerung des Zinsbuchs. Die Bewertung dieser Geschäfte erfolgt ausschließlich im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs; wir verweisen auf die Ausführungen in Abschnitt „A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“.

Bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente haben wir uns auf Marktwerte gestützt. Die beizulegenden Zeitwerte der Zinsswaps entsprechen den auf Basis der am Kapitalmarkt quotierten Swapsätze ermittelten Barwerten zum Abschlussstichtag. Die Bewertung der CDS-Bestandteile der Originatoren-Credit-Linked-Notes im Rahmen der Kreditbaskettransaktionen erfolgt auf Basis eines Mark-to-Model-Konzeptes, bei dem der betriebswirtschaftliche Wert (Barwert) der CDS-Bestandteile ermittelt wird.

ANGABEN ZU DEN BEWERTUNGSEINHEITEN GEMÄß § 254 HGB

Die von uns gebildeten Bewertungseinheiten nach § 254 HGB stellen sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

Art der Bewertungseinheit	einbezogene Grundgeschäfte	Betrag in TEUR	abgesichertes Risiko
Mikro-Hedge	erworbene Wertpapiere	481.493	Zinsänderungsrisiko (Bewertungsrisiko)
Mikro-Hedge	erworbene Schuldscheindarlehen/ gewährte Darlehen	490.977	Zinsänderungsrisiko (Bewertungsrisiko)
Mikro-Hedge	Buchverbindlichkeiten	397.500	Zinsänderungsrisiko (Bewertungsrisiko)

Zum Bilanzstichtag wurden insgesamt Risiken in Höhe von 61,2 Mio EUR abgesichert und in die kompensatorische Bewertung einbezogen. Die Wirksamkeit der von uns gebildeten Bewertungseinheiten war gegeben, da die Grund- und Sicherungsgeschäfte jeweils vergleichbaren Risiken unterliegen. Die Wirksamkeit betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr zwischen 92,6 % und 113,3 % und in Ausnahmefällen zwischen 88,8 % und 116,8 %.

Die prospektive Wirksamkeit der von uns gebildeten Bewertungseinheiten stellt sich wie folgt dar:

Art der Bewertungseinheit	einbezogene Grundgeschäfte	Restlaufzeit in Jahren	voraussichtliche zukünftige Wirksamkeit in %
Mikro-Hedge	erworbene Wertpapiere	unter 2 Jahre	97,2 bis 107,9
		2 bis unter 5 Jahre	96,1 bis 106,2
		5 bis unter 10 Jahre	94,6 bis 110,2
		10 Jahre und mehr	94,6 bis 94,6
Mikro-Hedge	gewährte Darlehen/erworbene Schuldscheindarlehen	unter 2 Jahre	98,7 bis 105,3
		2 bis unter 5 Jahre	96,3 bis 103,2
		5 bis unter 10 Jahre	94,7 bis 113,6
		10 Jahre und mehr	88,9 bis 96,5
Mikro-Hedge	Buchverbindlichkeiten	unter 2 Jahren	95,2 bis 100,6
		2 bis unter 5 Jahre	99,1 bis 100,1
		5 bis unter 10 Jahre	99,2 bis 100,0
		10 Jahre und mehr	98,2 bis 99,1

Die prospektive Wirksamkeit ist im Rahmen der genannten Bandbreiten gegeben, da die Grund- und Sicherungsgeschäfte jeweils vergleichbaren Risiken unterliegen.

PFANDBRIEFGESCHÄFT

Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet über www.sparkasse-hanau.de erfüllt.

Der Umlauf der Hypothekendarlehen und die Deckungsmassen gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 und 3 ff. PfandBG stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2016		31.12.2015	
	Nennwert	Barwert	Nennwert	Barwert
Mio EUR				
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen	141,5	150,6	76,5	85,7
Deckungsmasse	182,2	202,0	121,2	135,5
darunter:				
Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	(-)	(-)	(-)	(-)
Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	(-)	(-)	(-)	(-)
Deckungswerte nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	(-)	(-)	(-)	(-)
Derivate gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG	(-)	(-)	(-)	(-)
Überdeckung in %	28,8	34,1	58,4	58,1

Als Deckungsmasse für die begebenen Hypothekendarlehen wurden grundpfandrechtl. gesicherte Forderungen an Kunden mit einem Buchwert von 165,2 Mio EUR und Schuldverschreibungen öffentlicher Emittenten mit einem Buchwert von 17,4 Mio EUR verwendet.

Da keine weiteren Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG und keine ausländischen Hypothekendarlehen in Deckung genommen wurden, entfällt eine weitere Aufschlüsselung der Beträge gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 7 und 8 PfandBG.

	31.12.2016			31.12.2015		
	Barwert	Risikobarwert* (Stresstest: +250 Basispunkte)	Risikobarwert* (Stresstest: -250 Basispunkte)	Barwert	Risikobarwert* (Stresstest: +250 Basispunkte)	Risikobarwert* (Stresstest: -250 Basispunkte)
	Mio EUR					
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Hypothekendarlehen	150,6	124,2	159,1	85,7	72,4	92,1
Deckungsmasse	202,0	175,3	205,6	135,5	115,8	139,1
Überdeckung in %	34,1	41,2	29,2	58,1	59,8	51,0

* Risikobarwert: Ermittlung gemäß statischem Verfahren gemäß Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

Weitere Deckung nach Ländern und Art der gesetzlichen Begrenzung	§ 19 Abs. 1 Nr. 2 ohne § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 PfandBG		darunter Forderungen im Sinne des Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013		§ 19 Abs. 1 Nr. 3 zzgl. § 19 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 PfandBG	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	Mio EUR					
Deutschland	-	-	-	-	17,0	7,0
Summe	-	-	-	-	17,0	7,0

Forderungen, welche die Begrenzungen nach § 19 Abs. 1 PfandBG überschreiten, bestehen zum Bilanzstichtag, wie im Vorjahr, nicht (§ 28 Abs. 1 Nr. 8 PfandBG).

Die von uns begebenen Hypothekendarlehen weisen folgende Laufzeitstruktur und die dazugehörigen Deckungsmassen folgende Zinsbindungsfristen auf (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG):

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Hypothekendarlehen			
	Darlehenumsatz		Deckungsmasse	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	Mio EUR			
bis 6 Monate	-	-	6,5	1,3
über 6 Monate bis 12 Monate	10,0	-	5,4	1,7
über 12 Monate bis 18 Monate	-	-	6,8	4,2
über 18 Monate bis 2 Jahre	-	10,0	5,9	4,9
über 2 bis 3 Jahre	-	-	13,9	14,0
über 3 bis 4 Jahre	7,0	-	6,4	9,6
über 4 bis 5 Jahre	5,0	7,0	7,4	4,5
über 5 bis 10 Jahre	69,5	34,5	111,2	54,4
über 10 Jahre	50,0	25,0	18,8	26,7

Die Deckungsmassen zu den Hypothekendarlehenpfandbriefen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 lit. a) PfandBG in folgende Größenklassen:

	31.12.2016	31.12.2015
	Nennwert in Mio EUR	
bis 0,3 Mio EUR	86,6	42,0
0,3 Mio EUR bis 1 Mio EUR	31,0	27,8
über 1 Mio EUR bis 10 Mio EUR	47,6	44,4
über 10 Mio EUR	-	-

Die Deckungsmassen zu den Hypothekendarlehenpfandbriefen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 lit. b) und c) PfandBG wie folgt:

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio EUR	
Deutschland		
Deckungswerte darunter:		
– mit gewerblicher Nutzung	33,0	42,9
– mit wohnwirtschaftlicher Nutzung	132,3	71,3
	165,2	114,2
Eigentumswohnungen	25,6	11,3
Ein- und Zweifamilienhäuser	46,7	21,2
Mehrfamilienhäuser	60,0	38,8
Bürogebäude	6,8	8,9
Handelsgebäude	6,4	8,1
Industriegebäude	3,1	2,8
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	16,8	23,1
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	-	-
Bauplätze	-	-
Gesamtbetrag	165,2	114,2

Mindestens 90 Tage rückständige Leistungen auf die in der Deckungsmasse zu den Hypothekendarlehenpfandbriefen einbezogenen Forderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG) bestehen zum Bilanzstichtag, wie im Vorjahr, nicht.

Die Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG zu den Deckungsmassen zu den Hypothekendarlehenpfandbriefen stellen sich wie folgt dar:

	2016		2015	
	gewerblich genutzte Grundstücke	wohnmwirtschaftlich genutzte Grundstücke	gewerblich genutzte Grundstücke	wohnmwirtschaftlich genutzte Grundstücke
	Anzahl			
am Bilanzstichtag anhängige Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
am Bilanzstichtag anhängige Zwangsverwaltungen	-	-	-	-
Anzahl der im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen	-	-	-	-
Grundstücke, die im Geschäftsjahr zur Verhütung von Verlusten übernommen wurden	-	-	-	-
	Mio EUR			
Rückstände am Bilanzstichtag auf die von Hypothekenschuldnern zu entrichtenden Zinsen	-	0	-	-

Weitere Angaben zu den Hypothekendarlehenpfandbriefen:

	31.12.2016	31.12.2015
prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte an der Deckungsmasse (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	90,8	66,4
prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe an den zu deckenden Verbindlichkeiten (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	100,0	100,0
volumengewichteter Durchschnitt der seit Kreditvergabe verstrichenen Laufzeit (Jahre) (§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG)	5,9	5,5
durchschnittlicher, anhand des Betrags der zur Deckung verwendeten Forderungen gewichteter Beleihungsauslauf in % (§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG)	56,0	56,5

Die Sparkasse Hanau verfügt zum Bilanzstichtag, wie auch im Vorjahr, über keine auf Fremdwährung lautenden Deckungswerte und Verbindlichkeiten aus der Emission von Hypothekendarlehenpfandbriefen (§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG).

Der Umlauf der öffentlichen Pfandbriefe und die Deckungsmassen gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 und 3 ff. PfandBG stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2016		31.12.2015	
	Nennwert	Barwert	Nennwert	Barwert
	Mio EUR			
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen öffentlichen Pfandbriefe	263,0	293,0	268,0	301,8
Deckungsmasse	317,6	341,0	335,5	359,3
darunter:				
Deckungswerte nach § 20 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG	(-)	(-)	(-)	(-)
Deckungswerte nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	(4,0)	(4,2)	(8,0)	(8,5)
Derivate gemäß § 20 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG	(-)	(-)	(-)	(-)
Überdeckung in %	20,8	16,4	25,2	19,0

Für die begebenen öffentlichen Namenspfandbriefe dienen Forderungen an die öffentliche Hand mit einem Buchwert von 238,6 Mio EUR sowie Anleihen öffentlicher Schuldner mit einem Buchwert von 79,1 Mio EUR als Deckungsmasse.

	31.12.2016			31.12.2015		
	Barwert	Risiko-barwert* (Stresstest: +250 Basispunkte)	Risiko-barwert* (Stresstest: -250 Basispunkte)	Barwert	Risiko-barwert* (Stresstest: +250 Basispunkte)	Risiko-barwert* (Stresstest: -250 Basispunkte)
	Mio EUR					
Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen öffentlichen Pfandbriefe	293,0	262,0	297,9	301,8	272,6	308,5
Deckungsmasse	341,0	308,8	347,3	359,3	329,4	366,9
Überdeckung in %	16,4	17,9	16,6	19,0	20,8	18,9

* Risikobarwert: Ermittlung gemäß statischem Verfahren gemäß Pfandbrief-Barwertverordnung (PfandBarwertV)

Weitere Deckung nach Ländern und Art der gesetzlichen Begrenzung	§ 20 Abs. 2 Nr. 2 ohne § 4 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 PfandBG		darunter Forderungen im Sinne des Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013		Forderungen, welche die Begrenzungen nach § 20 Abs. 2 PfandBG überschreiten	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	Mio EUR					
Deutschland	4,0	8,0	-	-	-	-
Summe	4,0	8,0	-	-	-	-

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Öffentliche Pfandbriefe			
	Pfandbriefumlauf		Deckungsmasse	
	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
	Mio EUR			
bis 6 Monate	-	25,0	7,9	26,9
über 6 Monate bis 12 Monate	40,0	10,0	-	17,7
über 12 Monate bis 18 Monate	20,0	-	28,2	11,4
über 18 Monate bis 2 Jahre	-	40,0	51,4	-
über 2 bis 3 Jahre	7,0	20,0	32,1	79,9
über 3 bis 4 Jahre	46,0	7,0	72,0	32,4
über 4 bis 5 Jahre	65,0	46,0	16,5	72,4
über 5 bis 10 Jahre	70,0	100,0	49,9	66,5
über 10 Jahre	15,0	20,0	59,6	28,3

Mindestens 90 Tage rückständige Leistungen auf die in die Deckungsmasse für öffentliche Pfandbriefe einbezogenen Forderungen (§ 28 Abs. 3 Nr. 3 PfandBG) bestehen zum Bilanzstichtag, wie im Vorjahr, nicht.

Die gattungsklassischen Deckungswerte (Darlehensforderungen oder Schuldverschreibungen nach § 20 Abs. 1 PfandBG) zu den öffentlichen Pfandbriefen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG in folgende Größenklassen:

	31.12.2016	31.12.2015*
	Nennwert in Mio EUR	
bis einschließlich 10 Mio EUR	73,3	92,9
mehr als 10 Mio EUR bis einschließlich 100 Mio EUR	109,7	142,4
mehr als 100 Mio EUR	105,6	100,2

* Vorjahr: Aufteilung der gesamten Deckungsmasse

Die gattungsklassischen Deckungswerte (Darlehensforderungen oder Schuldverschreibungen nach § 20 Abs. 1 PfandBG) zu den öffentlichen Pfandbriefen verteilen sich gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG unter regionalen Gesichtspunkten wie folgt:

	31.12.2016	31.12.2015*
	Mio EUR	
Deutschland		
Staat	-	-
regionale Gebietskörperschaften	109,7	142,4
örtliche Gebietskörperschaften	148,6	136,2
sonstige Schuldner	30,3	57,0
Gesamtbetrag	288,6	335,5

* Vorjahr: Aufteilung der gesamten Deckungsmasse

ECA-Finanzierungen bestehen zum Bilanzstichtag, wie im Vorjahr, nicht.

Weitere Angaben zu den öffentlichen Pfandbriefen:

	31.12.2016	31.12.2015
prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte an der Deckungsmasse (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	78,4	79,4
prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe an den zu deckenden Verbindlichkeiten (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)	100,0	100,0

Die Sparkasse Hanau verfügt zum Bilanzstichtag, wie auch im Vorjahr, über keine auf Fremdwährung lautenden Deckungswerte und Verbindlichkeiten aus der Emission von öffentlichen Pfandbriefen (§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG).

ZUSÄTZLICHE ANGABEN FÜR PFANDBRIEFBANKEN NACH § 2 ABSATZ 1 RECHKREDV

Die Gliederung einzelner Bilanzpositionen nach den für Pfandbriefbanken geltenden Regelungen zeigt folgende zusätzliche Informationen:

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio EUR	
Aktivseite		
3. Forderungen an Kreditinstitute		
a) Hypothekendarlehen	-	-
b) Kommunalkredite	587,3	510,5
c) andere Forderungen	23,7	26,4
darunter:		
täglich fällig	0,2	0,2
gegen Beleihung von Wertpapieren	-	-
	610,9	536,9
4. Forderungen an Kunden		
a) Hypothekendarlehen	1.432,7	1.395,6
b) Kommunalkredite	485,8	490,9
c) andere Forderungen	895,9	892,7
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	3,5	3,1
	2.814,4	2.779,2
14. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	16,1	15,5
b) andere	1,6	1,6
	17,6	17,1

	31.12.2016	31.12.2015
	Mio EUR	
Passivseite		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	75,3	25,1
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	130,8	115,8
c) andere Verbindlichkeiten	1.179,6	1.430,6
darunter:		
täglich fällig	45,2	145,9
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	-	-
	1.385,6	1.571,5
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	67,9	52,9
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe	136,2	156,9
c) Spareinlagen	630,5	603,3
d) andere Verbindlichkeiten	1.829,1	1.682,3
darunter:		
täglich fällig	1.681,1	1.587,5
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	-	-
	2.663,7	2.495,4
3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) begebene Schuldverschreibungen	42,8	44,8
aa) Hypothekenpfandbriefe	-	-
ab) öffentliche Pfandbriefe	-	-
ac) sonstige Schuldverschreibungen	42,8	44,8
	42,8	44,8
6. Rechnungsabgrenzungsposten		
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	0,8	0,9
b) andere	0,1	0,3
	1,0	1,2

NICHT IN DER BILANZ ENTHALTENE GESCHÄFTE

Die Verpflichtungen aus Leasingverträgen betragen jährlich 239 TEUR. Die Leasingverträge haben eine Restlaufzeit von 2 bis 63 Monaten. Die Verpflichtungen aus Mietverträgen für angemietete Geschäftsräume belaufen sich auf einen Barwert von 3,5 Mio EUR.

NICHT IN DER BILANZ ENTHALTENE SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Im Zusammenhang mit Beteiligungen an Immobilienfonds bestehen zum Bilanzstichtag noch nicht abgerufene Zeichnungszusagen über 10,0 Mio EUR.

Die Sparkasse ist dem **bundesweiten Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe** angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Bedarfsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem ist im Hinblick auf das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz neu geordnet und von der BaFin anerkannt worden. Die Sparkassen-Finanzgruppe verfügt damit über ein als Einlagensicherungssystem anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem. Dieses System vereint zwei Funktionen in sich.

Zum einen wurde gemäß den gesetzlichen Anforderungen die Einlagensicherungsfunktion in das Sicherungssystem integriert. Hierdurch wird sichergestellt, dass Einlagen pro Einleger im Regelfall bis zu 100 TEUR, in Sonderfällen auch bis zu 500 TEUR, gesichert sind und Entschädigungszahlungen bis zum 31. Mai 2016 spätestens 20 Arbeitstage und ab dem 1. Juni 2016 spätestens sieben Arbeitstage nach der Feststellung des Entschädigungsfalls geleistet werden. Für die Feststellung des Entschädigungsfalls ist die BaFin zuständig.

Daneben besteht die für die Institute im Vordergrund stehende Institutssicherungsfunktion fort. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Das Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation umfasst ein Risikomonitoringsystem zur Früherkennung von Risiken sowie eine risikoorientierte Beitragsbemessung.

Als zusätzliche neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale Reservefonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitgliedssparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage (Gesamtrisikoposition, nach der sich die bankaufsichtsrechtlich erforderlichen Eigenmittel errechnen) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrags, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

ANGABEN ZU MITTELBAREN PENSIONSVERPFLICHTUNGEN GEMÄß ART. 28 EGHGB

Die Sparkasse ist Mitglied bei der für sie zuständigen Zusatzversorgungskasse (ZVK) für die Gemeinden und Gemeindeverbände in Wiesbaden, deren Umlagesatz nach einem Abschnittsdeckungsverfahren berechnet wird. Träger der ZVK ist die Kommunalbeamten-Versorgungskasse in Wiesbaden, die das Kassenvermögen der ZVK als Sondervermögen getrennt vom eigenen Vermögen verwaltet. Anspruchsberechtigt gegen diese Kasse sind grundsätzlich alle aufgrund der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sparkasse sowie diejenigen Mitarbeiter, für die eine Teilnahme an der Zusatzversorgung vereinbart wurde. Es wird eine zusätzliche Erwerbsminderungs- sowie eine Alters- und Hinterbliebenenrente gewährt. Das Prinzip der Gesamtversorgung wurde im Jahr 2002 durch ein Betriebsrentensystem in Form des Punktemodells ersetzt. Der Umlagesatz beträgt derzeit 8,9 % der umlagepflichtigen Gehälter von 29,2 Mio EUR. Im Umlagesatz ist ein Sanierungsgeld von 2,3 % enthalten, das seit dem Jahre 2003 erhoben wird. Der Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil wurde zum 01. Juli 2016 um jeweils 0,2 Prozentpunkte angehoben. In den Jahren 2017 und 2018 werden sich nach dem derzeitigen Stand zum 01. Juli die Arbeitnehmerbeteiligung und der Arbeitgeberanteil jeweils um weitere 0,1 Prozentpunkte erhöhen. Eine Aufteilung der Versorgungsverpflichtungen auf anspruchsberechtigte Arbeitnehmer, ehemalige Arbeitnehmer und Rentenbezieher ist anhand der uns vorliegenden Daten der ZVK nicht möglich. Der Betrag der mittelbaren Pensionsverpflichtungen i. S. v. Art. 28 Abs. 2 EGHGB kann von der Sparkasse nicht zuverlässig quantifiziert werden, da die dafür maßgeblichen ZVK-Daten nicht zur Verfügung stehen. Für die aus der Mitgliedschaft in der ZVK resultierenden Verpflichtungen haftet die Sparkasse weiterhin subsidiär nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG.

BEZÜGE DER ORGANMITGLIEDER

Die Bezüge des Vorstands stellen sich für das Jahr 2016 wie folgt dar:

	erfolgsunabhängige Komponenten	erfolgsbezogene Komponenten	Gesamtbezüge
	in TEUR		
Herr Dr. Ingo Wiedemeier	355	58	413
Herr Nils Galle	280	49	329
Herr Hermann Köck (ab 01.07.2016)	124	-	124
Gesamtbezüge des Vorstands			866

Die Vorstandsmitglieder haben gegenüber der Sparkasse Anspruch auf Ruhegehalt. Die Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ergibt sich aus den aufgrund § 20 Abs. 5 Satz 2 HSpG erlassenen Anstellungsrichtlinien des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT). Die Höhe des Ruhegehaltsanspruchs bestimmt sich auf dieser Grundlage nach einem in Abhängigkeit von der Zahl der Dienstjahre jährlich steigenden Prozentsatz. Renten werden in vollem Umfang auf die Versorgungsbezüge angerechnet. Einkünfte und Versorgungsleistungen aus einer anderen Beschäftigung werden ebenfalls auf die Versorgungsbezüge angerechnet. Für diese Ruhegehaltsverpflichtungen hat die Sparkasse Pensionsrückstellungen in ausreichendem Umfang gebildet.

Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2016 75 TEUR. Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen ergaben sich im gleichen Zeitraum Gesamtbezüge von 696 TEUR. Für diesen Personenkreis haben wir insgesamt 8.255 TEUR zurückgestellt; dieser Betrag trägt sämtlichen Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis Rechnung.

KREDITE AN ORGANE

Der Gesamtbetrag der an Vorstandsmitglieder gewährten Vorschüsse und Kredite beträgt 977 TEUR. An Mitglieder des Verwaltungsrats wurden Vorschüsse und Kredite von 1.071 TEUR gewährt.

MITARBEITER UND MITARBEITERINNEN

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2016	2015
Vollzeitkräfte	425	433
Teilzeit- und Ultimokräfte	195	185
	620	618
Auszubildende	36	40
Insgesamt	656	658

ANGABE DES ABSCHLUSSPRÜFERHONORARS NACH § 285 NR. 17 HGB

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende Honorare für unseren Abschlussprüfer, die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, enthalten:

	TEUR
Honorar für Abschlussprüfungsleistungen	146
Honorar für andere Bestätigungsleistungen	17
Insgesamt	163

ANGABEN ZU DEN LATENTEN STEUERN NACH § 285 NR. 29 HGB

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen der Handelsbilanz und den steuerrechtlichen Wertansätzen bestehen zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Für den Überhang aktiver latenter Steuern wurde das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt.

Ohne Berücksichtigung der aufgrund des Bildens von Vorsorgereserven nach § 340f HGB entstandenen Ansatzunterschiede entfallen die künftigen Steuerentlastungen zu 24,6 % auf unterschiedliche Wertansätze bei den Rückstellungen, zu 10,6 % auf unterschiedliche Wertansätze bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, zu 61,0 % auf unterschiedliche Wertansätze bei Fondsinvestments, Wertpapieren sowie Beteiligungen und mit dem Rest auf sonstige Ansatzunterschiede.

Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 30,64 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit 15,825 % bewertet.

VERWALTUNGSRAT UND VORSTAND

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Erich Pipa
Landrat des Main-Kinzig-Kreises

Stellvertretender Vorsitzender

Claus Kaminsky
Oberbürgermeister der Stadt Hanau

Im Rahmen des turnusmäßigen Wechsels hat Herr Landrat Erich Pipa satzungsgemäß mit Wirkung vom 01. Januar 2017 den Vorsitz im Verwaltungsrat übernommen. Herr Oberbürgermeister Claus Kaminsky ist ab diesem Zeitpunkt stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates.

Mitglieder

Constanze Baumecker, Kundenanalystin, Sparkasse Hanau (ab 16.12.2016)

Clemens Blaumeiser, Prokurist einer Industrie Holding Gesellschaft a.D., Pensionär (bis 16.12.2016)

Thomas Bohlender, Filialleiter, Sparkasse Hanau

Angelika Gunkel, Angestellte im Bereich Energie und Klimaschutz, Stadt Hanau (bis 16.12.2016)

Martin Gutmann, Kreishandwerksmeister, Geschäftsführer der Georg Gutmann GmbH & Co. KG

Cliff Hollmann, Syndikus, Sparkasse Hanau

Heiko Kasseckert, Mitglied des Hessischen Landtags

Andreas Kowol, Stadtrat, Stadt Hanau (ab 16.12.2016)

Karl Netscher, Geschäftsführer einer Industriegewerkschaft a.D., Pensionär

Dr. Ralf-Rainer Piesold, Dipl.-Kaufmann, Stadtrat a.D., Stadt Hanau

Erhard Rohrbach, Rechtsanwalt, Bürgermeister a.D., Stadt Maintal (ab 16.12.2016)

Jörg Scheefe, stv. Bereichsleiter Personalabteilung, Sparkasse Hanau

Melanie Schimmelpfennig, Sachbearbeiterin Marketing, Sparkasse Hanau (bis 16.12.2016)

Hans-Jürgen Schmidt, Vorsitzender des Personalrates, Sparkasse Hanau

Joachim Stamm, Geschäftsführer, Augenblick Optik GmbH (ab 16.12.2016)

Axel Weiss-Thiel, Dipl. Volkswirt, Stadtrat, Stadt Hanau

Christian Zocher, Prokurist der Mineralöl-Treibstoff-Vertrieb Förster GmbH & Co. KG (bis 16.12.2016)

Vorstand

Vorsitzender
Dr. Ingo Wiedemeier

Mitglieder
Nils Galle
Hermann Köck (ab 01.07.2016)

Der Vorstandsvorsitzende ist Mitglied im Aufsichtsrat der folgende Unternehmen:

- Technologie- und Gründerzentrum Hanau GmbH i.L. (die Liquidation dieser Gesellschaft wurde mit Eintragung im Handelsregister vom 03.02.2017 abgeschlossen)
- Baugesellschaft Hanau GmbH
- Hanauer Parkhaus GmbH
- Betriebsführungsgesellschaft Hanau mbH (bis 17.11.2016)
- Bauprojekt Hanau GmbH, Baubetreuungs- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH
- Hanau Wirtschaftsförderung GmbH
- Hanau Hafen GmbH (bis 15.11.2016)

Außerdem ist der Vorstandsvorsitzende Mitglied im Aufsichtsrat der Finanz Informatik GmbH & Co. KG und seit dem 11.03.2016 stellvertretendes Verwaltungsratsmitglied der Landesbank Hessen-Thüringen, Frankfurt am Main und Erfurt.

Hanau, den 07. März 2017

Der Vorstand

Dr. Wiedemeier

Galle

Köck

ANLAGE ZUM JAHRESABSCHLUSS GEMÄß § 26A ABS. 1 SATZ 2 KWG - „LÄNDERSPEZIFISCHE BERICHTERSTATTUNG“

Die Sparkasse Hanau hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Hanau besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Hanau definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag des Handelsbestands und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2016 105,2 Mio EUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 531.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 20,5 Mio EUR.

Die Steuern auf den Gewinn belaufen sich auf 11,5 Mio EUR. Die Steuern betreffen ausschließlich laufende Steuern.

Die Sparkasse Hanau hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Hanau für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse Hanau. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bilds der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse Hanau sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse Hanau. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse Hanau und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 18. April 2017

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
- Prüfungsstelle -

Hülsen
Wirtschaftsprüfer

Der Verwaltungsrat der Sparkasse Hanau hat den
Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016
am 21. Juni 2017 festgestellt
und den Lagebericht gebilligt.

Sparkasse Hanau
Der Vorstand

Dr. Wiedemeier

Galle

Köck

Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat nahm im Jahr 2016 die ihm aufgrund der sparkassenrechtlichen Bestimmungen obliegenden Aufgaben wahr. Er wurde vom Vorstand in sechs Sitzungen über die geschäftliche Entwicklung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Sparkasse sowie über alle besonderen Vorgänge unterrichtet.

Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat den Jahresabschluss sowie den Lagebericht für das Jahr 2016 vorgelegt. Die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Jahr 2016 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

In seiner Sitzung am 21. Juni 2017 hat der Verwaltungsrat von dem Prüfungsergebnis Kenntnis genommen, den Jahresabschluss festgestellt, den Überschuss verteilt, den Lagebericht gebilligt und dem Vorstand Entlastung erteilt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses erfolgt entsprechend § 16 HSpG; gem. Vorschlag des Vorstandes werden 6 Mio. EUR ausgeschüttet. Der weitere Teil des Jahresüberschusses wird der Sicherheitsrücklage zugeführt.

Für die erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Jahr dankt der Verwaltungsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Hanau, 21. Juni 2017

Sparkasse Hanau

Vorsitzender des Verwaltungsrates
Thorsten Stolz
Landrat